



Rat der Gemeinden und Regionen Europas ■ Deutsche Sektion

## kommunal

# Deutsch-Französische Freundschaft



Deutsche Kommunen

Europäischer Gerichtshof

EU-Projekt

Wissenstransfer mit  
griechischen Kommunen

Einheimischen Modelle  
grundsätzlich rechtmäßig

Stadt und Staat  
an einem Fluss

## Editorial

### Kommunen als Eckpfeiler der Europäischen Integration

Liebe Leserinnen und Leser,

der Partnerschaftskongress am 12. und 13. September 2013 in Bonn mit über 800 Gästen im Rahmen der Festveranstaltung unter Teilnahme von Bundespräsident Joachim Gauck hat die zentrale Rolle der Städtepartnerschaften in den deutsch-französischen Beziehungen unterstrichen.



Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Kommunen als Eckpfeiler der Europäischen Integration zu stärken. Rund 200 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben dabei anlässlich des Kongresses zwei Tage lang in sechs Arbeitsgruppen den Stand analysiert und Perspektiven für deutsch-französische Partnerschaften entwickelt.

Kommunen sind aber nicht nur der Eckpfeiler der deutsch-französischen Beziehungen. Schon immer ist Europa von den Städten und ihren Beziehungen zueinander geprägt und vorangebracht worden. Daran sollten wir viel stärker anknüpfen. Bei Treffen der politischen Entscheidungsträger in Europa müssen zukünftig auch immer die Kommunen und die Kommunalpartnerschaften einbezogen werden. Die mehr als 6.000 europäischen Städtepartnerschaften sind die beste Grundlage für eine vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ihr  
**Dr. Gerd Landsberg**  
 Generalsekretär



Rat der Gemeinden und Regionen Europas  
 Deutsche Sektion

## Inhalt

37. Jahrgang · Heft 5 · September/Oktober 2013

### DEUTSCH-FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFT 3

- **Erfolgsmodell auf dem Weg in die Zukunft** 3  
 Deutsch-französischer kommunaler Partnerschaftskongress in Bonn  
*Von Barbara Baltsch*
- **Städtepartnerschaften und Bürgerengagement gewürdigt** 7  
 Festveranstaltung mit Bundespräsident Joachim Gauck in Bonn  
*Von Barbara Baltsch*
- **„Städtepartnerschaften sind kein Auslaufmodell“** 9  
 Rede von Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt
- **Viele gute Beispiele für künftige Zusammenarbeit** 12  
 Sitzungen der Arbeitsgruppen beim Partnerschaftskongress
- **Impressionen vom Festakt und Kongress** 16
- **Verlässlicher Partner der Städtepartnerschaften** 17  
 Das 50-jährige Bestehen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes  
*Von Dr. Markus Ingenlath*

### FORUM PARTNERSCHAFT 21

- **Neue wichtige Impulse für die Zusammenarbeit** 21  
 Siebte Deutsch-Lettische Partnerschaftskonferenz in der Stadt Melle  
*Von Jürgen Krämer*
- **Mit „Jugend Ahoi“ auf dem richtigen Kurs** 24  
 Projekt der deutsch-französischen Partner Rostock und Dünkirchen  
*Von Jasmina Jessica Köhler*
- **Partnerstädte auf gemeinsamer Spurensuche** 26  
 Grundtvig-Workshop zur Erwachsenenbildung in der Stadt Pforzheim  
*Von Anna-Lena Beilschmidt und Anja Hamerski*

### FORUM EUROPA 28

- **Von Bürgermeister zu Bürgermeister** 28  
 Deutsch-griechischer kommunaler Wissenstransfer  
*Von Roger Kehle*
- **Einheimischenmodelle grundsätzlich rechtmäßig** 31  
 Europäischer Gerichtshof zur Vergabe von Baugrundstücken  
*Von Norbert Portz*
- **Bürgerinnen und Bürger zum Wählen motivieren** 36  
 Informationskampagne für die Europawahl 2014  
*Von Barbara Baltsch*

### PROGRAMME 37

- **Bund und Kommunen an einem Fluss** 37  
 EU-Projekt zur Aufwertung der Neckar-Uferbereiche  
*Von Walter Braun*

### WETTBEWERBE 40

### NAMEN UND NACHRICHTEN 41

### TERMINE 43

### IMPRESSUM 44

Deutsch-französischer kommunaler Partnerschaftskongress in Bonn:

# Erfolgsmodell auf dem Weg in die Zukunft

Zum Abschluss und Höhepunkt der Feiern zum 50-jährigen Bestehen des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages hatten die Deutsche und die Französische Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 12. und 13. September 2013 zu einem kommunalen Partnerschaftskongress in das Haus der Geschichte nach Bonn eingeladen. Der Kongress, an dem mehr als 200 Vertreterinnen und Vertreter aus deutschen und französischen Kommunen und Partnerschaftsvereinen teilnahmen, war gleichzeitig Jahreskonferenz des Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE.

Ein Beitrag von  
Barbara Baltsch

Mit ihren Unterschriften unter den Vertrag über die Deutsch-Französische Zusammenarbeit führten der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle am 22. Januar 1963 im Elysée-Palast in Paris die beiden Staaten nach langer „Erbfeindschaft“ und verlustreichen Kriegen wieder enger zusammen. Die beiden Staatsmänner hätten diesen Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag allerdings nicht besiegeln können, wenn nicht schon Jahre zuvor Menschen aufeinander zugegangen wären, die diese Freundschaft tragen.

„Ohne die Untermauerung durch ein breites Fundament an deutsch-französischen Bürgerkontakten auf der Basis von Städtepartnerschaften hätten die deutsch-französischen Beziehungen nie die Kraft und Intensität entfalten können, die heute zu Recht gefeiert wird“, betonte denn auch der Präsident der **Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)** und Bürgermeister von Pohlheim, Karl-Heinz Schäfer, in seiner Begrüßungsansprache. Schäfer räumte allerdings ein, dass die vergangenen 50 Jahre nicht spurlos an den deutsch-französischen Partnerschaften vorbeigegangen seien. Das Jubiläum sei Gelegenheit und Pflicht nach vorne zu schauen, „um mit neuen Ideen und neuem Elan in die nächsten



50 Jahre zu starten“. Schäfer wies in diesem Zusammenhang auf die Rolle des Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE hin, der hier als kritischer Begleiter, Mahner, Inspirator und Wegweiser hervorragende Arbeit leiste.

Auch der Oberbürgermeister der Stadt Bonn, Jürgen Nimptsch, betonte die Bedeutung der Städtepartnerschaften und der Bürgerbegegnungen für die Beziehungen. Sie hätten nicht nur den Boden für die deutsch-französische Freundschaft bereitet, sondern seien auch eine „wesentliche Grundlage für das Gelingen der europäischen Einigung“. Nimptsch wies in diesem Zusammenhang auf die vielfältigen Beziehungen der Stadt Bonn zu Frankreich, Europa und der Welt hin.

Mehr als 200 Vertreterinnen und Vertreter aus deutschen und französischen Kommunen und Partnerschaftsvereinen waren ins Haus der Geschichte nach Bonn gekommen

## Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

„In Bonn leben Menschen aus 180 Ländern der Welt. Als deutsche Stadt der Vereinten Nationen und Bundesstadt übernimmt Bonn Verantwortung für eine friedlichere, gerechtere und nachhaltigere Welt.“

„Die Städtepartnerschaften sind das Herz der deutsch-französischen Beziehungen“, unterstrich auch der Vorsitzende des Deutsch-Französischen Ausschusses in der Deutschen Sektion des RGRE, Reinhard Sommer, der die Aktiven ermunterte, die Partnerschaften neu zu beleben und vor allem junge Menschen stärker in die Partnerschaftsarbeit einzubinden. Seine französische Amtskollegin und Bürgermeisterin von La Lande-sur-Drôme, Sylvie Lenourrichel, sagte hierbei die Bereitschaft der französischen Kommunen zu. Der Präsident der **Französischen Sektion des RGRE**, Alain Juppé, habe bereits einen entsprechenden Appell an die Kommunen gerichtet, der auf große Resonanz gestoßen sei.

## Zwischen Zufriedenheit und Ernüchterung

„Städte und Gemeinden sind immer schneller als Regierungen. Schon vor der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages gab es 127 deutsch-französische Städtepartnerschaften. Heute sind es über 2.200“, betonte der Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE und Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, in seinem Impulsreferat zum Thema „Die deutsch-französischen Beziehungen: Zwischen Zufriedenheit und Ernüchterung?“

Die Partnerschaften, in denen sich Bürger, Jugendliche, Kommunalpolitiker und die Wirtschaft trafen, verkörperten das Tagesgeschäft jenseits der mehr oder weniger spektakulären Treffen auf der Regierungsebene. An die Adresse der beiden Regierungen gerichtet, forderte Dr. Landsberg, dass es in Zukunft selbstverständlich sein sollte, dass bei Treffen auf Regierungsebene auch die Vertreter dieser Städtepartnerschaften dabei sind. „Manches kann man auf kommunaler Ebene schnell und unbürokratisch regeln, wo auf Regierungsebene viele Hindernisse einer effektiven Lösung entgegenstehen.“

Der RGRE-Generalsekretär merkte aber auch kritisch an, dass ein Erfolgsmodell wie die Städtepartnerschaften nur gewinnbringend bleiben könne, wenn es sich neuen Bedingungen anpasse und stets reformiert werde. „Auch für das deutsch-französische Verhältnis – die Städtepartnerschaften – gilt der Grundsatz: Die Reformen von heute sind



Der Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE, Dr. Gerd Landsberg, lobte das dichte Netz von Städtepartnerschaften als Erfolgsmodell

der Erfolg von morgen.“ Als unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung erfolgreicher Städtepartnerschaften und entsprechender Freundschaften bezeichnete Dr. Landsberg die Sprachkompetenz. Der RGRE-Generalsekretär bedauerte, dass die Bereitschaft von deutschen Schülerinnen und Schülern, Französisch als Fremdsprache zu wählen, bedenklich abnehme. „Wir sollten gezielt Werbung für das Erlernen der französischen Sprache betreiben und fördern.“ Dr. Landsberg regte zudem an, moderne Kommunikationsmittel und -medien stärker für die Partnerschaftsarbeit zu nutzen – etwa durch spezielle Internetauftritte, Online-Konferenzen oder auch soziale Netzwerke, in denen sich Bürger, aber auch Entscheidungsträger austauschen könnten.

Weil das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zurzeit von einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht geprägt sei, sollten die Städtepartnerschaften auch genutzt werden, um Wirtschaftskontakte zu verstärken und wirtschaftliche Kooperationen zu ermöglichen. Entsprechende Netzwerke könnten ergänzt werden, um etwa französischen Jugendlichen einen Praktikums- oder Ausbildungsplatz in einem deutschen Unternehmen zu ermöglichen, betonte der RGRE-Generalsekretär. Daneben böten der Tourismus, aber auch Stadtwerke sicherlich eine Möglichkeit, Kooperationen auszubauen oder neu zu starten. In diesem Zusammenhang wies Dr. Landsberg auch auf die deutsche Energiewende hin, die für manches französische Stadtwerk interessant sein könnte. „Wir müssen die Aktivitäten der Stadtwerke, der Stadt und der Wirtschaft stärker miteinander auf der deutsch-französischen Ebene vernetzen.“

Auch der Austausch von Verwaltungsbeamten werde die Städtepartnerschaften stärken können, fuhr Dr. Landsberg fort. „Warum sollte nicht ein Franzose in einem



Die beiden Vorsitzenden des Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE, Sylvie Lenourrichel und Reinhard Sommer, plädierten für eine Neubelebung der deutsch-französischen Städtepartnerschaften



Der stellvertretende Vorsitzende des Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE, Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz, die TV-Moderatorin Nathalie Licard, die Schülerin Karin Schröder, der Bonner Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, der Präsident des Euro-Instituts Kehl, Josha Frey, der Bürgermeister von Fontainebleau, Frédéric Valletoux, und der Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks, Dr. Markus Ingenlath, diskutierten über die Zukunft der Partnerschaften

deutschen Ausländeramt eine Zeit lang arbeiten oder umgekehrt ein Deutscher in einem französischen Ausländeramt?“ Dies gelte umso mehr, als die Probleme etwa bei der Integration teilweise identisch seien.

Abschließend wies Dr. Landsberg eindringlich darauf hin, dass der europäische Einigungsprozess maßgeblich davon abhängt, ob es auf kommunaler Ebene gelinge, die notwendige Integration zwischen den Menschen voranzubringen. Die Europäische Union und auch die Staaten – also Deutschland und Frankreich – forderte er auf, hier mehr Geld zu investieren. „Dieses Geld ist ein wichtiger Beitrag für unsere gemeinsame Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Das können und das wollen die Städtepartnerschaften leisten.“

### Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen

Einen Blick auf die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen im Jubiläumsjahr warfen auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der anschließenden Podiumsdiskussion, die vom stellvertretenden Vorsitzenden des Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE, Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz, moderiert wurde. Die TV-Moderatorin Nathalie Licard zeigte sich zuversichtlich, was die künftigen Beziehungen angeht, zumal es nach ihrer Beobachtung in Frankreich einen Mentalitätswechsel gegenüber Deutschland gebe. Am Beispiel eines sehr erfolgreichen deutschsprachigen TV-Werbespots eines deutschen Autoherstellers in Frankreich machte sie deutlich, dass viele Franzosen deutsche Tugenden wie etwa Pflichtbewusstsein, Pünktlichkeit und Ordnungssinn nicht mehr argwöhnisch beäugten, sondern als „sexy“ empfänden. Dies habe sogar dazu geführt, dass mittlerweile französische Autohersteller nachgezogen und in ihrer Werbung ebenfalls auf deutsche Tugenden setzten.

Auch Karin Schröder, Schülerin am Friedrich-Ebert-Gymnasium in Bonn, sieht die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich als eine Selbstverständlichkeit an. Die Gymnasiastin, die zeitweise in Frankreich gelebt und bereits an zahlreichen Schüleraustauschen teilgenommen hat, betonte, dass Frankreich für sie ein Stück Heimat sei. Allerdings sehe sie sich selbst als privilegiert an.

Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch erinnerte sich an seine Zeit als Schulleiter und betonte, dass die Austausche insbesondere mit dem französischen Übersee-Département Guadeloupe zu den Highlights der Schülerinnen und Schüler gehört habe. Nimptsch merkte aber auch kritisch an, dass es darüber hinaus häufig schwierig sei, Jugendliche für die deutsch-französische Partnerschaftsarbeit zu gewinnen, die in Bonn vor allem von den Vereinen in den Stadtbezirken mit französischen Partnerkommunen gepflegt würden.

Dies bestätigte auch der Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), Dr. Markus Ingenlath. Aus seiner Sicht ist es deshalb umso wichtiger, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden und Jugendliche nicht nur einzubeziehen, sondern ihnen auch Verantwortung zu übertragen. Dr. Ingenlath widersprach in diesem Zusammenhang der häufig geäußerten Meinung, dass Mobilität über die Grenzen hinweg für die heutige Jugend mittlerweile zur Normalität geworden sei. Vor allem Jugendliche mit besonderem Förderbedarf kämen kaum aus ihrem Heimatort heraus. Deshalb müssten sie auch in der Partnerschaftsarbeit besonders angesprochen und gefördert werden. Dr. Ingenlath sagte dabei den Kommunen die Unterstützung des DFJW zu und machte in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Angebote des Jugendwerkes wie etwa das Programm „Job in der Partnerschaft“ aufmerksam.

Zum Problem der Sprachenkompetenz berichtete der Generalsekretär der Französischen Sektion des RGRE und Bürgermeister der Stadt Fontainebleau, Frédéric Valletoux, über ein Projekt seiner Stadt mit der Partnerstadt Konstanz, bei dem bereits Dreijährige im Kindergarten spielerisch an die jeweilige Sprache des Partners herangeführt würden. Zudem merkte Valletoux an, dass neben notwendigen neuen Inhalten und Formen in der Partnerschaftsarbeit auch der traditionelle Austausch etwa in Kultur und Sport weiterhin wichtig sei und gepflegt werden müsse.

Joshua Frey, Präsident des Euro-Instituts Kehl und Landtagsmitglied in Baden-Württemberg, wies auf die spezifische Situation in den deutsch-französischen Grenzregionen hin, wo es häufig um konkrete und praktische Probleme und Hindernisse etwa beim grenzüberschreitenden Nahverkehr gehe. Hier gelte es, im wörtlichen Sinne Brücken zu bauen.

### Städtepartnerschaften als Schule für gelebte Demokratie

In seinem Vortrag am zweiten Konferenztag würdigte Pierre Pougnaud vom Büro für grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im französischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die 1950 geschlossene erste deutsch-französische Städtepartnerschaft zwischen Ludwigsburg und Montbéliard als Anstifter und Prototyp für die Kommunalpartnerschaften, die seit mehr als 60 Jahren vom Europäischen RGRE gefördert würden. Die Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften vor Ort sei Beispiel und Schule für gelebte Demokratie. Zudem seien die Kommunen die Ebene, der die Bürgerinnen und Bürger am meisten vertrauten.

Auch Pougnaud plädierte dafür, die Aktivitäten und Initiativen zwischen deutschen und französischen Kommunen weiter auszubauen. Vor allem im Bereich der Wirtschaft, aber auch bei ökologischen Fragen könnten Deutsche und Franzosen voneinander lernen und profitieren. Das Büro für grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im französischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten begleite und fördere diese Zusammenarbeit ausdrücklich und habe mit seinen Generalkonsulaten auch entsprechende Anlaufstellen in Deutschland.

Nicht zuletzt wies Pougnaud auf die Rolle der Städtepartnerschaften als Botschafter für die europäische Idee und Modell für die weltweite kommunale Zusammenarbeit hin. So



arbeiteten mittlerweile mehr als 20 deutsch-französische Städtepartnerschaften trilateral mit Kommunen in Afrika zusammen.

In Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über neue Formen und Inhalte für die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften

### Konkrete Partnerschaftsarbeit vor Ort

Die konkrete Partnerschaftsarbeit in den deutschen und französischen Kommunen mit Blick auf unterschiedliche Themenbereiche wie „Neue Medien“, „Integration von Jugendlichen“, „Wirtschaft“ und „Energiefragen“ wurde auch in sechs Arbeitsgruppen beleuchtet und diskutiert. Das Augenmerk lag dabei vor allem auf der Herausarbeitung von neuen Chancen und Formen der Zusammenarbeit sowie lokalen Fördermöglichkeiten. Zudem wurden die deutsch-französischen Städtepartnerschaften im historischen Kontext betrachtet und der Fahrplan für die kommunale Deutsch-Französische Zusammenarbeit im RGRE nach dem Jubiläumsjahr abgesteckt (siehe Seiten 12-15).

Am Abend des ersten Veranstaltungstages fand zusammen mit der Stadt Bonn und der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa (VDFG) eine große Festveranstaltung im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages im World Conference Center Bonn mit Bundespräsident Joachim Gauck statt (siehe Seiten 7-11). ■

## Infos

### Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE):

☞ <http://www.rgre.de/>

### Französische Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE):

☞ <http://www.afccre.org/fr>

### Schwerpunkt zum Elysée-Vertrag auf der Internetseite der deutschen RGRE-Sektion:

☞ [http://www.rgre.de/50\\_jahre\\_elysee\\_index.html](http://www.rgre.de/50_jahre_elysee_index.html)

Festveranstaltung mit Bundespräsident Joachim Gauck in Bonn:

# Städtepartnerschaften und Bürgerengagement gewürdigt

**Bundespräsident Joachim Gauck hat das städtepartnerschaftliche und bürgerschaftliche Engagement für die deutsch-französische Freundschaft gewürdigt. Beim Festakt der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), der Stadt Bonn und der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa (VDFG) zum 50-jährigen Bestehen des Elysée-Vertrages betonte Gauck, dass er keine anderen zwei Länder mit einem so dicht, dauerhaft und stark geknüpftem Netz von persönlichen und institutionellen Beziehungen kenne.**

Ein Beitrag von  
Barbara Baltsch

Der ehemalige Plenarsaal des Deutschen Bundestages im World Conference Center Bonn war am Abend des 12. September 2013 gut gefüllt: Rund 800 Vertreterinnen und Vertreter von deutschen und französischen Kommunen und Partnerschaftsvereinen sowie Deutsch-Französischen Gesellschaften, Klubs und Freundeskreisen sowie aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur waren zur Festveranstaltung gekommen, um mit Bundespräsident Joachim Gauck 50 Jahre deutsch-französische Freundschaft zu feiern.

In seiner Rede erinnerte Gauck an die Umarmung von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer bei der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1963, mit dem sich die Regierungen beider Staaten zu gemeinsamen Beratungen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- sowie Kulturpolitik verpflichteten. Nach Ansicht des Bundespräsidenten wäre die Geschichte der Wiederannäherung, Versöhnung und schließlich Freundschaft aber nicht vollständig, würde sie nur von Staatsmännern und symbolischen Gesten handeln. Sie müsse auch von den Bürgerinnen und Bürgern berichten, die damals nicht auf die große Politik warteten, um aufeinander zuzugehen, betonte Gauck. Die Partnerschaften und Bürgerbegegnungen hätten die Grundlage für eine Wiederannäherung und auch den Freundschaftsvertrag gelegt. Sie erfüllten die Freundschaft mit Leben, förderten das



gegenseitige Verständnis und stabilisierten die politischen Beziehungen.

Der Bundespräsident würdigte in diesem Zusammenhang den Rat der Gemeinden und Regionen Europas und die Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa. Dank der „Vernetzung der Vernetzten“ sei der „bürgerschaftliche Unterbau“ der politischen Beziehungen so breit, dass er ein solides Fundament darstelle. Dies sei besonders wichtig in Zeiten der Krise, die gelegentlich auch zu kontroversen Auffassungen und Debatten führen könne.

Kritisch räumte Gauck ein, dass die Beziehungen vielleicht nicht mehr so geschätzt würden, wie sie es verdient hätten. Nachdrücklich warb er deshalb für einen Generationenwechsel unter den Aktiven der

Vor 800 Gästen im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn würdigte Bundespräsident Joachim Gauck das städtepartnerschaftliche und bürgerschaftliche Engagement für die deutsch-französische Freundschaft

## Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

Partnerschaften, weil viele mittlerweile aufs Rentenalter zugehen. Die große Anzahl der neu gegründeten deutsch-französischen Städtepartnerschaften in den vergangenen zwei Jahrzehnten allerdings belege: „Städtepartnerschaften, eine echte Innovation der Nachkriegszeit, sind kein Auslaufmodell.“ Viele der Herausforderungen seien ähnlich und häufig könnten Deutsche und Franzosen voneinander lernen – etwa bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Bildung, der Familien, der Energieversorgung oder beim Zusammenleben in von Einwanderung geprägten Gesellschaften. „Hier gute Ideen auszutauschen, ist nicht nur Sache von Regierungskonsultationen oder Gipfeltreffen. Ebenso wichtig ist der länderübergreifende Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen einzelnen handelnden Bürgerinnen und Bürgern, in den Kommunen und Regionen, in Kultur oder Wissenschaft oder in einzelnen Unternehmen“, so Gauck.

### Kommunen als Wegbereiter der Freundschaft

Für den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) erinnerte auch der Präsident der französischen RGRE-Sektion und ehemalige Premierminister von Frankreich, Alain Juppé, an die Anfänge der deutsch-französischen Freundschaft und an die erste deutsch-französische Städtepartnerschaft, die 1950 zwischen dem ehemals württembergischen Montbéliard und der Stadt Ludwigsburg geschlossen wurde. Es seien die Gemeinden gewesen, die den Weg für den späteren deutsch-französischen Freundschaftsvertrag geebnet hätten. Und auch der Rat der Gemeinden und Regionen Europas fördere seit seiner Gründung 1951 die Städtepartnerschaften zwischen beiden Ländern. Juppé lobte auch das Deutsch-Französische Jugendwerk, mit dessen Hilfe seit 1963 mehr als acht Millionen französische und deutsche Jugendliche an Austausch teilgenommen hätten.

Bundespräsident Joachim Gauck dankte er ausdrücklich für seinen Besuch Anfang September in Oradour-sur-Glane, wo deutsche Soldaten der Waffen-SS am 10. Juni 1944 im Zuge einer befohlenen Partisanenbekämpfung den kompletten Ort zerstört und fast alle seine Einwohner ermordet hatten. Der Besuch sei bei den Menschen in Frankreich überaus positiv aufgenommen worden. Mit Blick auf die Krise, in der sich Europa derzeit befinde, forderte Juppé, dass man die Differenzen überwinden und das Verbindende stärken müsse.

### Bonner Botschaft der Freude

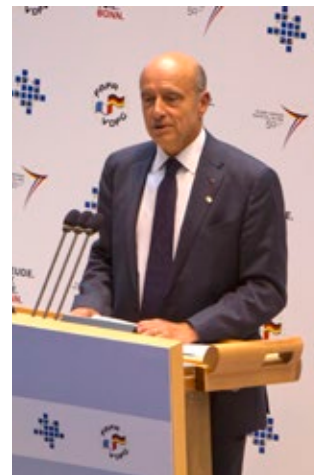
Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch erinnerte in seiner Rede an den Besuch von Charles de Gaulle im September 1962 in Bonn und seine wegweisenden Worte „Es lebe Bonn, es lebe Deutschland, es lebe die deutsch-französische Freundschaft“. Wie Nimptsch betonte, seien die Partnerschaften auf kommunaler und bürgerschaftlicher Ebene ein Beispiel dafür, wie Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich gelebt werde.

Der Oberbürgermeister blickte in diesem Zusammenhang auf das „Frankreichjahr“ in Bonn und der Region zurück. Es habe gezeigt, wie vielfältig und lebendig Freundschaft sich ausdrücken kann. Zahlreiche Institutionen, Organisationen, Stiftungen, Schulen, Vereine und Initiativen aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis hätten sich mit Aktionen und Veranstaltungen in die Gestaltung dieses besonderen Jubiläums eingebracht. Das ganze Jahr über hätten Ausstellungen, Diskussionen, Konzerte, Lesungen, Sport- und Schulfeste, Begegnungsreisen und vieles mehr stattgefunden.

Historisch gäbe es ein grundsätzliches Miteinander zwischen Deutschland und Frankreich: Die Demokratie in Deutschland basiere „auf den drei Worten, die in Paris in Stein gemeißelt wurden: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – Liberté, Egalité, Fraternité!“ Damit schliesse sich der Kreis zu Beethovens Neunter Symphonie, deren Hauptmotiv zur Europahymne geworden sei, und den wundervollen Worten, die Friedrich von Schiller dazu fand: Alle Menschen werden Brüder! „Das ist die Botschaft der deutsch-französischen Freundschaft“, sagte Nimptsch. „Ich wünsche mir, dass wir alle diese Botschaft aus dieser Festveranstaltung mitnehmen und sie weitertragen. Die Botschaft von Freude, Joy, Joie, Bonn.“

### Voneinander wissen, lernen und miteinander arbeiten

Gereon Fritz, Präsident der Vereinigung deutsch-französischer Gesellschaften für Europa (VDFG), erinnerte an die Devise seines Verbandes „Voneinander wissen, voneinander lernen, miteinander arbeiten – für die Einigung Europas, für unsere gemeinsamen Werte, in einer solidarischen Welt.“ Die deutsch-französischen Gesellschaften, die sich nach dem zweiten Weltkrieg gründeten, seien beseelt und begeistert von der Idee einer Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und von einem Europa, wie es den großen europäischen Vätern vorschwebte. ■



Im Namen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas erinnerte der Bürgermeister von Bordeaux und ehemalige französische Premierminister, Alain Juppé, an die Anfänge der Freundschaft und die erste deutsch-französische Städtepartnerschaft zwischen Montbéliard und Ludwigsburg



Rede von Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt:

# „Städtepartnerschaften sind kein Auslaufmodell“

**Bundespräsident Joachim Gauck hat beim Festakt der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), der Stadt Bonn und der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa (VDFG) zum 50-jährigen Bestehen des Elysée-Vertrages am Abend des 12. September 2013 im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages im World Conference Center Bonn eine beeindruckende Rede gehalten, die Sie hier im Wortlaut nachlesen können.**

Heute Abend schließt sich ein Reigen unter dem Leitmotiv „50 Jahre Elysée-Vertrag“. Ich war sehr glücklich, dass Sie, lieber Herr Oberbürgermeister, uns eben in so bewegenden Worten noch einmal in die Wirklichkeit dieser Freundschaftsbeziehungen hineingenommen haben. Wir feiern mit dieser Konferenz noch einmal unsere Freundschaft und all das, was unsere Väter und Vorväter und Gründungsmütter geschaffen haben, auf das wir aufbauen können. Und ich bin besonders denen dankbar, die in den ganz frühen Zeiten dabei waren und die sich an die frühen Bilder vielleicht auch besser erinnern können als ich.

Anfang des Jahres haben wir in Berlin in einem festlichen Konzert an den Elysée-Vertrag erinnert – an dieses beispiellose Abkommen, das vor einem halben Jahrhundert die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland zugleich besiegelt und beflügelt hat. Die Umarmung von de Gaulle und Adenauer bei der Unterzeichnung ist eine der symbolischen Gesten unserer Beziehung geworden. Wohl jeder von Ihnen kennt das Foto.

Doch die Geschichte der Wiederannäherung, Versöhnung und schließlich der Freundschaft zwischen unseren Ländern, sie wäre nicht vollständig, würde sie eben nur von Staatsmännern und deren symbolischen Gesten gestaltet werden. Sie muss auch von den Bürgerinnen und Bürgern berichten, die



**Bundespräsident Joachim Gauck würdigte in seiner Rede den Erfolg des bisher Erreichten und legte seine Gedanken zur Weiterentwicklung der deutsch-französischen Freundschaft dar**

damals nicht auf die große Politik warteten, um aufeinander zuzugehen. Sie muss erzählen von den Begegnungen und Initiativen, in denen das Vertrauen wuchs, das unseren Freundschaftsvertrag ermöglichte – einen Vertrag, der dann seinerseits wiederum ein einzigartiges Netz von Partnerschaften begründete. Und das ist vor allem Ihre Geschichte, meine Damen und Herren, die Sie sich hier versammeln! Der heutige Festakt verbindet Erinnerung an das Erreichte mit der Ermutigung für eine Zukunft, in der die Netzwerke der Zivilgesellschaft und die Verbindungen der Städte und Gemeinden vielleicht wichtiger sind denn je.

Beginnen wir mit dem Erreichten: Ich kenne überhaupt keine anderen zwei Länder mit einem so dicht und dauerhaft geknüpften Netz von persönlichen und

institutionellen Beziehungen. Vielleicht kann man sogar sagen: Die Institutionen und Initiativen, die Sie hier vertreten – die deutsch-französischen Gesellschaften, die Clubs und Freundeskreise, die Städte- und Regionalpartnerschaften – bilden zusammen genommen so etwas wie eine deutsch-französische Bürgerbewegung! Das ist einzigartig – auch wenn wir inzwischen dazu neigen, all das, was wir erreicht haben, für selbstverständlich zu halten. Und wie alles vermeintlich Selbstverständliche schätzen wir es vielleicht dann gar nicht mehr so, wie wir es doch tun sollten.

Darum will ich Ihnen heute ebenso deutlich wie herzlich „Danke“ sagen für all die Zeit und die Energie, die Sie in die vielfältigsten Projekte hineingesteckt haben: ob es nun ein Boule-Turnier in Bonn ist oder eine gemeinsame Studienfahrt, ob es ein Schüleraustausch ist oder eine Kooperation zwischen den Verwaltungen von Partnerstädten. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben Beispiele von besonders funktionierender Gemeinsamkeit sehr deutlich herausgestellt in Ihren Begrüßungsworten.

Danke auch für die Vernetzung der Vernetzten – im Rat der Gemeinden und Regionen Europas und in der Vereinigung deutsch-französischer Gesellschaften für Europa. Dank all dieser Bemühungen ist der bürgerschaftliche Unterbau unserer politischen Beziehungen so breit, dass er ein solides Fundament darstellt – und das ist besonders wichtig in Zeiten wie diesen, in denen wir eine Krise in Europa haben und es gelegentlich zu kontroversen Auffassungen und Debatten kommen kann, auch zwischen unseren Regierungen.

Wie wertvoll ist es deshalb, ein solches Fundament zu besitzen! Und, wenn wir zurückschauen: Wie wenig konnte man sich das damals, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, vorstellen, als viele Franzosen noch das Getrampel der deutschen Wehrmachtstiefel in den Ohren hatten und viele Deutsche sich noch weigerten zu begreifen, welche Gräueltaten von unserem Land verübt worden waren!

Ich erwähne das, weil mir natürlich noch immer unauslöschlich mein Besuch in Oradour vor Augen steht. Gerade mal vor einer Woche habe ich dort in den Ruinen gestanden. Mit solchen Bildern vor Augen versuche ich zu erahnen, wie weit der innere Weg für die Französinen und Franzosen gewesen sein muss, die nach dem Krieg auf die einstigen Aggressoren zugehen konnten. Es gibt dafür bewegende Zeugnisse.

Lucien Tharradin etwa, Bürgermeister von Montbéliard, der mit seinem Amtskollegen in Ludwigsburg die allererste deutsch-französische Städtepartnerschaft nach 1945 abschloss. Ausgerechnet er, der Widerstandskämpfer, der Buchenwald-Überlebende, er sagt gerade einmal fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: „Auf Hass kann man nichts aufbauen“. Oder Joseph Rovon – nach dem Ihr Verband, lieber Herr Fritz, einen jährlichen Preis benannt hat – ein früherer Häftling von Dachau, der die Franzosen schon 1945 eindringlich warnte, Deutschland nicht „unter Ungerechtigkeit derselben Natur leiden zu lassen wie die, welche Deutschland Frankreich zugefügt hatte.“ Viele andere bekannte und weniger bekannte Persönlichkeiten wären hier zu nennen, auf französischer wie auch auf deutscher Seite.

Vielleicht hat noch der eine oder andere von Ihnen im Ohr, wie Präsident de Gaulle damals in seiner Ludwigsburger Rede, das war 1962, die jungen Deutschen zu begeistern vermochte. Bewegende Appelle, die das Herz erreichen, sie sind ja heute eher selten. Immer weniger Menschen haben noch



**Der Präsident der Vereinigung deutsch-französischer Gesellschaften für Europa, Gereon Fritz, der Präsident der Deutschen Sektion des RGRE, Karl-Heinz Schäfer, RGRE-Generalsekretär Dr. Gerd Landsberg, Bundespräsident Joachim Gauck und Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch begrüßten sich vor dem World Conference Center Bonn (v. links)**

eigene Erinnerungen an die Schrecken des Krieges. Kaum ein Jugendlicher heute versteht noch, wie sich Deutsche und Franzosen einmal voller feindseliger Vorurteile, ja voller Hass, gegenüberstehen konnten. Versöhnung ist für sie heute nicht mehr die Triebfeder dafür, sich füreinander zu interessieren und miteinander etwas zu tun.

Manche fragen sich deshalb schon etwas besorgt, ob unsere Partnerschaft noch so gut ist wie früher. Aber würden wir eine vertraute Beziehung als abgekühlt bezeichnen, nur weil wir den anderen inzwischen besonders gut kennen und vieles wie selbstverständlich mit ihm teilen? Vor allem aber: Was ist unser Maßstab – eine verklärte Vergangenheit? Oder das, was wir erreicht haben – und vor allem das, was wir in Zukunft gemeinsam gestalten wollen?

Da fiele mir vieles ein. Viele unserer Herausforderungen sind doch ähnlich, oft können wir voneinander lernen. Ich nenne nur Stichworte, die in den heutigen politischen Debatten eine Rolle spielen: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Bildung, Familien, Energieversorgung oder das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten in von Einwanderung geprägten Gesellschaften. Wir haben eine Fülle weiterer Möglichkeiten, gute Ideen und Erfahrungen auszutauschen, auch von besseren Ideen und Erfahrungen zu lernen.

Und das ist eben nicht nur die Sache von Regierungskonsultationen, die es ja Gott sei Dank gibt, oder von Gipfeltreffen. Ebenso wichtig ist der länderübergreifende Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen einzelnen handelnden Bürgerinnen und Bürgern, in den Kommunen und Regionen, in Kultur, in Wissenschaft und in einzelnen Unternehmen. Ich will gerne hinzufügen, dass es nützlich wäre, wenn unsere Gewerkschaften sich intensiv miteinander unterhalten und austauschen würden.

Hinzu kommt: Von den heute rund zweieinhalb tausend Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Gemeinden sind zwar viele in den 60er Jahren entstanden, genauso viele aber in den vergangenen 20 Jahren. Das zeigt: Städtepartnerschaften – eine echte Innovation der Nachkriegszeit! – sie sind kein Auslaufmodell.

Und doch machen sich die Verantwortlichen, wie ich gehört habe, Sorgen. Die Aktiven der Städtepartnerschaften und deutsch-französischen Gesellschaften gehen inzwischen in vielen Fällen aufs Rentenalter zu. Das muss noch nicht viel bedeuten, wie man an mir sehen kann. Aber es sollte uns doch zum Nachdenken bewegen. So fragen sie sich, wie man die Jungen für die Idee der Städtepartnerschaft begeistern kann, wie man die deutsch-französische Freundschaft in ihren Herzen und Köpfen verankern kann. Der rein gesellschaftliche Austausch zwischen Vereinen wird als nicht mehr ausreichend angesehen. Es geht um nichts weniger als um einen Generationenwechsel, und es ist gut, dass Sie, meine Damen und Herren, sich damit während Ihrer Tagung beschäftigen.

Denn gerade in der heutigen Phase, in der es Zweifel an Europa gibt, sind die direkten, persönlichen Verbindungen und Netzwerke wichtig, die konkreten Projekte, durch die man gemeinsam etwas erreichen oder voneinander lernen kann, sei es nun in der beruflichen Bildung oder in der



Nach dem Festakt traf sich Bundespräsident Joachim Gauck mit Vertreterinnen und Vertretern deutsch-französischer Partnerschaften sowie Schülerinnen und Schülern des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums in Bergisch-Gladbach

Stadtplanung oder wo auch immer. Diese hunderttausendfachen Kontakte sind ein stabilisierendes Element für die Beziehungen auf staatlicher Ebene. Sie beugen auch dem Wiedererstarken nationaler Ressentiments vor. Aus manchen bilateralen Partnerschaften sind übrigens inzwischen sogar trilaterale geworden – ich denke etwa an die Partnerschaften zwischen deutschen, französischen und polnischen Kommunen, unter dem Symbol des Weimarer Dreiecks. Ich begrüße das sehr. Schließlich sind Deutschland und Frankreich zwar ein wichtiger Bestandteil des vereinten Europas, aber sie sind nicht Europa alleine.

Manche jungen Leute mögen es heute spannender finden, für eine Weile nach Singapur zu gehen oder nach São Paulo – warum denn auch nicht, könnte man ihnen zurufen: Ergreift Eure Möglichkeiten, trefft einander dort und entdeckt, wie sehr Ihr Euch in der Ferne gemeinsam als Europäer fühlt! Seht, was Ihr an Europa habt: das friedliche und tolerante Miteinander unterschiedlicher Nationen, unterschiedlicher Kulturen, Lebensweisen, seht die persönliche Freiheit an, das Streben nach sozialem Ausgleich, die vielen Möglichkeiten der Teilhabe an der Demokratie! Und dann steckt Eure Energie, Eure Kreativität und Euren Schwung da hinein, diese, unsere europäische Art zu leben, zu erhalten und weiterzuentwickeln, im Dialog gerade auch mit unseren französischen Nachbarn.

Einer der vielen weniger bekannten Wegbereiter deutsch-französischer Freundschaft hat einmal gesagt: „Ein geeintes Europa wäre das schönste Erbe, das wir unseren Kindern hinterlassen könnten.“ Unsere Aufgabe ist es, unser Europa weiter zu vereinigen und alles dafür zu tun, dass auch unsere Kinder es künftig mitgestalten können. Danke für Ihren Beitrag dazu!

## Quelle

Die Rede finden Sie auch auf der Internetseite des Bundespräsidenten:

☞ <http://www.bundespraesident.de/>

Sitzungen der Arbeitsgruppen beim Partnerschaftskongress:

# Viele gute Beispiele für künftige Zusammenarbeit

Im Rahmen des deutsch-französischen kommunalen Partnerschaftskongresses diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in verschiedenen Arbeitsgruppen über neuen Chancen und Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen „Neue Medien“, „Jugend“, „Wirtschaft“ und „Energie“. Zudem wurden die deutsch-französischen Städtepartnerschaften im historischen Kontext betrachtet und der Fahrplan für die weitere Arbeit des Deutsch-Französischen Ausschusses im Rat der Gemeinden und Regionen Europas nach dem Jubiläumjahr abgesteckt.

## Städtepartnerschaften und Neue Medien (AG I)

„Ein Bus fährt von Deutschland nach Frankreich“, so leitete die TV-Moderatorin Nathalie Licard die Moderation der Arbeitsgruppe zum Thema „Städtepartnerschaften und Neue Medien“ ein und beschrieb einen typischen Ausflug von Deutschen in eine französische Partnergemeinde. Sodann stellte ihr Ko-Moderator Henrik Schulze Neuhoff von der Stadt Heiligenhaus aber auch schon die für die Arbeitsgruppe alles entscheidende Frage: Wie findet der Austausch zwischen Partnerstädten in Zeiten von Facebook, Twitter und Co. statt?

Diese Frage war für die Podiumsteilnehmer Robin Miska von der Gemeinde Birkenwerder, Hans-Werner Bussmann, Deutscher Generalkonsul in Bordeaux, Henriette Heimbach von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Susanne Schmidt-Lucke aus dem französischen Fors und Martine Vessièrre aus Issy les Moulineaux nicht neu. Sie haben sich im Rahmen ihrer Arbeit mit dem Thema „Neue Medien“ beschäftigt und stellten einige gelungene Beispiele vor.

Henriette Heimbach und Hans-Werner Bussmann berichteten über zwei Internetplattformen speziell für den deutsch-französischen Austausch. Das Internetprojekt „Netzwerk der deutsch-französischen Partnerschaften im Grand Sud-Ouest“ unter <http://jumelages-gso.org/> informiert

über aktuelle Veranstaltungen und Projekte und richtet sich sowohl an junge als auch an ältere Menschen. Das von Henriette Heimbach vorgestellte Internetportal <http://www.europa-nur-mit-uns.eu/> entstand im März 2012 im Rahmen des Ludwigsburger Forums junger Menschen zur Partizipation in Europa. Während sich die Teilnehmer am Forum bisher vor allem online interaktiv vernetzen und über verschiedenste Themen diskutieren konnten, ist das Netzwerk nun auch für die Öffentlichkeit zugänglich.

Weitere gute Beispiele, die von den Teilnehmern und Moderatoren der Diskussionsrunde genannt wurden, waren das Internetportal <http://tandems.arte.tv/de/> des Fernsehsenders ARTE, die Internetplattform <http://50jahre.dfjw.org/epartizipation> des Deutsch-Französischen Jugendwerkes sowie das eTwinning-Portal <http://www.etwinning.de/>, das europaweit Schulen miteinander vernetzt.

Außerdem berichtete Martine Vessièrre von dem Internetprojekt „Issy Twin Homes“ der Gemeinde Issy les Moulineaux, wobei sich die Internetseiten derzeit noch im Aufbau befinden. Bei dem Projekt geht es um den Austausch zwischen den Partnergemeinden sowohl im kulturellen, schulischen, sportlichen und wirtschaftlichen Bereich. Robin Miska berichtete von einer deutsch-französischen Radtour, die von seiner Gemeinde zusammen mit der französischen Partnerge-

## Es berichten aus den Arbeitsgruppen:



**Anja Maxrath**  
(Arbeitsgruppe I)



**Isabel Gareis**  
(Arbeitsgruppe II)



**Lisa Grunneger**  
(Arbeitsgruppen III und VI)



**Tobias Möller**  
(Arbeitsgruppe IV)



**Katharina Hagel**  
(Arbeitsgruppe V)

meinde über Skype geplant werde. In einem Blog sollen die Erfahrungen der gemeinsamen Tour dann festgehalten werden.

Einigkeit bestand bei den Diskussionsteilnehmern darüber, dass soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter bei den jungen Menschen immer mehr an Bedeutung gewinnen und der Austausch unter den Jugendlichen über diese Netzwerke anders sei als der Austausch in Form von gegenseitigen Besuchen. Generalkonsul Bussmann schlug vor, die vielen guten Beispiele auf institutioneller Ebene zu sammeln und daraus Schlüsse für die gemeinsame Arbeit zu ziehen. Zudem sollte auch die Nutzung von Konferenzen über Skype ausgeweitet werden.

Auf den Punkt brachte es schließlich Martine Vessière. Sie betonte, wie wichtig es sei, den Jugendlichen deutlich zu machen, dass man Europa erhalten müsse. Sie habe dabei allerdings die Erfahrung gemacht, dass die Jugendlichen der Partnergemeinden, die sich bereits getroffen hätten, ganz anders über Städtepartnerschaften denken würden als andere Altersgenossen.

### Städtepartnerschaften – Integration der Jugend (AG II)

In der Arbeitsgruppe „Städtepartnerschaften – Integration der Jugend“ unter der Moderation von Karsten Paetzold von der Gemeinde Seeheim-Jugenheim und Valérie Loirat von der Französischen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) diskutierten die Podiumsteilnehmer Florence Bruneau-Ludwig von der Deutsch-Französischen Gesellschaft Halle, Kurt Küsgen von der Gemeinde Rösrath und Jean-Michel Berlemont von der Stadt Nancy mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeiten der Integration der Jugend bei den Städtepartnerschaften. Zunächst gab Karsten Paetzold einen Rückblick auf die bisherigen Erfolge der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Anschließend wurde betont, dass sich die thematischen Schwerpunkte der Jugendlichen stark weiterentwickelt hätten und deshalb darauf geachtet werden müsse, die Angebote stets an die aktuellen Themen und Interessen der Jugend anzupassen. Daraufhin wurden von den Podiumsteilnehmern Erfahrungsberichte einzelner Austauschprogramme vorgestellt, etwa aus den Partnerstädten Halle an der Saale und Grenoble, Karlsruhe und Nancy sowie Rösrath und den Pays de Gallie. Besonders hervorgehoben wurde, dass die Grundvoraussetzung



In der Arbeitsgruppe „Städtepartnerschaften und Neue Medien“ stellten die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer gelungene Internetportale für die Städtepartnerschaftsarbeit vor

für effektive partnerschaftliche Beziehungen engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Verwaltungen seien. So sei ein Projekt besonders erfolgreich, bei dem nicht nur (Grund-)Schülerinnen und -Schüler, sondern auch deren Eltern am Austausch teilnehmen und diese so auch nach der Schulzeit noch aktiv in die Städtepartnerschaft eingebunden werden können.

Was die Jugendlichen betrifft, könne man diese direkt in die Organisation des Austausches integrieren, indem sie zum Beispiel bei Konferenzvorbereitungen helfen und ihr Engagement bei Filmprojekten, städteübergreifenden Festivals oder auch bei außerschulischen Einrichtungen und Verbänden zeigen können. Ein wichtiger Punkt sei auch die Nutzung der Sozialen Medien für die



Die Beteiligung von Jugendlichen in der Partnerschaftsarbeit stand im Mittelpunkt der zweiten Arbeitsgruppe

länderübergreifende Kontaktaufnahme und zukünftigen Projekte. Vorgeschlagen wurde zudem ein offizieller Jugendkongress des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, um den Jugendlichen selbst mehr Mitsprache zu ermöglichen. Die vorgestellten Projekte und Integrationsmöglichkeiten für Jugendliche wurden vom Publikum interessiert aufgenommen und aktiv diskutiert.

### Städtepartnerschaften und Wirtschaft (AG III)

Eine weitere Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Thema „Städtepartnerschaften und Wirtschaft“. Unter der Moderation

von Bürgermeister Jörg Frank von der Stadt Bad Vilbel und seinem Amtskollegen aus Moulins und ehemaligen französischen Wohnungsbauminister, Pierre-André Périssol, diskutierten Günther Schartz vom Landkreis Trier-Saarburg, Fabienne Thiery vom Gemeindeverband Moulins, Thomas Pieperhoff von der Stadt Dinslaken, Hans-Jürgen Hartmann von der Stadt Bonn und Jean-François Barnier von der Stadt Chambon-Feugerolles mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über Möglichkeiten, mithilfe von Städtepartnerschaften Wirtschaftsförderung zu betreiben. Dabei wurden Best Practice-Beispiele aus den vertretenden Städten und Gemeinden mit großem Interesse ausgetauscht.

Als größter Vorteil der Zusammenarbeit mit Partnerstädten wurde das vorhandene gegenseitige Vertrauen gesehen, mit dem Ängste abgebaut und Sprachbarrieren einfacher überwunden werden könnten. So könne, sofern die richtigen Anreize gegeben sind, die Ansiedlung von Unternehmen in der Partnerregion erleichtert werden. Es wurde betont, dass Gemeinden dabei klar eine serviceorientierte Rolle einnehmen müssten, um Erfolg zu haben. Zudem wurde angeregt, sich nicht nur auf die Partnerstadt zu beschränken, sondern auch die Netzwerke und weiteren Partner der Partnerstadt für die Wirtschaftsförderung einzubeziehen. Besonders in den Bereichen Tourismus und Arbeitnehmernaustausch wurden gute Möglichkeiten für die deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit gesehen. Befürchtungen gab es jedoch bei dem Vorschlag, Partnerstädte verstärkt auf Ausschreibungen für Vergaben aufmerksam zu machen und so gezielt die Bewerbung zu fördern. Hier bestand die Angst, dass es für Bürgermeister schwer sein könnte, Ausschreibungen ins Ausland zu vergeben, anstatt diese am Ort zu belassen. Es wurde ausdrücklich betont, dass die eigene Region nicht unter der Zusammenarbeit leiden dürfe. Vielmehr könne beispielsweise durch die Expansion kleiner und mittelständischer Unternehmen die Partnerstadt profitieren, während das Unternehmen weiterhin im Heimatmarkt operiere.

### Städtepartnerschaften und lokale Energiefragen (AG IV)

Konzepte und Entwicklungsstrategien im Bereich der erneuerbaren Energien werden auch auf lokaler Ebene immer wichtiger. Unter der Leitung von Uwe Wrieden, Bürgermeister der Gemeinde Wietzendorf, und Ko-Moderator Jean-Paul Martinerie von der Stadt Malabry-



In der Arbeitsgruppe „Städtepartnerschaften und Wirtschaft“ wurde diskutiert, wie die Partnerschaft zukünftig stärker für die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerkommunen genutzt werden könnte

Châtenay wurden daher in der Arbeitsgruppe „Städtepartnerschaften und lokale Energiefragen“ die unterschiedlichen Ansätze und Fragen der Energiepolitik in Bezug auf die Städtepartnerschaften diskutiert. Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren Mélanie Persem vom Deutsch-Französischen Büro für erneuerbare Energien, Henri Devys von der Tilia Umwelt GmbH und Landrat Dr. Rainer Haas aus dem Landkreis Ludwigsburg.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass insbesondere die Kommunen beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine immer größere Rolle spielen werden. Verschiedene Maßnahmen, wie etwa die Steigerung der Energieeffizienz oder die Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Fotovoltaik-Anlagen, kämen langfristig dem kommunalen Haushalt und somit auch direkt den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zugute.



Die Arbeitsgruppe „Städtepartnerschaften und lokale Energiefragen“ diskutierte über die Energiepolitik als neues Thema für die Kommunalpartnerschaften

Grenzüberschreitende Kooperationen der Stadtwerke könnten darüber hinaus neue und innovative Impulse für Städtepartnerschaften liefern, die sich bisher fast ausschließlich auf den kulturellen Bereich konzentrierten.

Insbesondere die Angebote des Deutsch-Französischen Büros für erneuerbare Energien wurden aus dem Publikum verstärkt nachgefragt. Dieses Büro steht Städten und Gemeinden als Informationsplattform zur Verfügung, um den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Regionen beider Länder voranzutreiben und die transnationale Zusammenarbeit in Energiefragen zu unterstützen.

## Städtepartnerschaften im historischen Kontext (AG V)

Unter der Moderation von Dr. Klaus Nutzenberger, Direktor des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), diskutierten in der Arbeitsgruppe „Städtepartnerschaften im historischen Kontext“ Dr. Wolf Böhm von der Stadt Speyer, Dr. Christiane Kohser-Spohn von der Universität Tübingen, die Doktorantin Tanja Herrmann und Gérard Koch von der Stadt Meudon über Vorurteile zwischen Franzosen und Deutschen und die Rolle der Geschichte für die Städtepartnerschaften.

Einigkeit bestand bei den Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern, dass auch heute noch Vorurteile bestehen, diese jedoch gemäßigter sind und auf Unwissen über die andere Kultur beruhen. Städtepartnerschaften trügen dazu bei, diese Vorurteile abzubauen und das gegenseitige Verständnis für die andere Kultur zu fördern. Zudem ermöglichen Städtepartnerschaften, alle Altersgruppen wie auch alle sozioökonomischen Gruppen einzubinden.

Als Katalysator für Städtepartnerschaften könnten Partnerschaften auf Bezirksebene dienen. Insbesondere für kleine Gemeinden könnten diese eine Hilfe darstellen, um logistische und sprachliche Probleme zu überwinden. Jedoch sollte darauf geachtet werden, dass die aus Bezirkspartnerschaften entstehenden Städtepartnerschaften auch mit Leben gefüllt werden und nicht nur auf dem Papier bestehen.

Das Problem, junge Menschen für die Städtepartnerschaft zu gewinnen, wurde von allen Podiumsteilnehmern erkannt. Inwiefern die gemeinsame Geschichte von Frankreich und Deutschland heute insbesondere für junge Menschen noch eine Rolle spielt, wurde kontrovers diskutiert. Letztendlich waren sich alle Podiumsteilnehmer einig, dass man sich der Geschichte bewusst sein muss, den Blick aber in die Zukunft richten sollte.

## Zusammenarbeit nach dem Jubiläumsjahr (AG VI)

Eine Arbeitsgruppe befasste sich mit der zukünftigen Arbeit des Deutsch-Französischen Ausschusses im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) nach dem Jubiläumsjahr. Unter der Moderation von Reinhard Sommer, Vorsitzender des Deutsch-Französischen Ausschusses, wurden zukünftige Inhalte der Arbeit, Finanzierungsmöglichkeiten und die Einbindung der Jugend diskutiert.



Auf großes Interesse beim Publikum stieß das Thema der Arbeitsgruppe „Städtepartnerschaften im historischen Kontext“

Auf dem Podium vertreten waren der Generalsekretär der Französischen Sektion des RGRE, Christoph Chaillou, der Präsident der deutschen RGRE-Sektion und Bürgermeister von Pohlheim, Karl-Heinz Schäfer, die Europaabgeordnete Sabine Verheyen, Sina Dubourg-Lavroff von der Stadt Bordeaux und Rheines Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder.

Sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite war man sich einig, dass die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene nur dann neuen Schwung erhält, wenn junge Menschen die Möglichkeit erhalten, sich zu engagieren und auch weniger privilegierte Bürgerinnen und Bürger von den Partnerschaften profitieren können. Um dies finanzieren zu können, müssten die zur Verfügung stehenden EU-Fördermittel und andere Finanzierungsmöglichkeiten bestmöglich genutzt werden. Dies scheitert in kleinen Kommunen allerdings häufig an der fehlenden Europakompetenz, da diese die finanziellen Mittel zur



In der Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit nach dem Jubiläumsjahr“ wurden bereits konkrete Ansätze für die weitere Arbeit des Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE abgesteckt

Beschäftigung eines Europabeauftragten nicht aufbringen könnten. Hier könnten eine interkommunale Zusammenarbeit und das Schulen von Verwaltungsangestellten in Europafragen bereits in der Ausbildung hilfreich sein.

Obwohl sich die Partnerschaften zuvor erst auf die bilateralen Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunen konzentrieren sollten, fand auch die Idee großen Zuspruch, die Zusammenarbeit mit Kommunen aus weiteren Ländern zu bereichern und so zu revitalisieren. ■

Impressionen vom Festakt und Kongress



▲ Die Spitzen des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) begrüßten Bundespräsident Joachim Gauck (4. v. rechts) nach seiner Ankunft im Rhein-Foyer des World Conference Center Bonn



► Alain Juppé, Präsident der Französischen Sektion des RGRE (links), trug sich im Rahmen seines Bonn-Besuches in das Goldene Buch der Stadt ein



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion diskutierten über die Zukunft der deutsch-französischen Partnerschaften



▲ La Lande-sur-Drômes Bürgermeisterin Sylvie Lenourrichel, Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, RGRE-Präsident Karl-Heinz Schäfer, Bordeaux' Bürgermeister Alain Juppé und RGRE-Generalsekretär Dr. Gerd Landsberg (v. links) bewunderten vor dem World Conference Center Bonn einen alten Citroen



▲ Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld aus Mülheim an der Ruhr (links) nahm ebenso an der Festveranstaltung teil wie Bürgermeisterin Maria Unger aus Gütersloh



◀ Rheines Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder, Kölns Bürgermeisterin Dr. Angela Spizig und Wetzlars Oberbürgermeister Wolfram Dette (v. links) verfolgten interessiert die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck



Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus deutschen und französischen Kommunen und Städtepartnerschaftsvereinen nahmen am Kommunalkongress im Haus der Geschichte in Bonn teil



Das 50-jährige Bestehen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes:

# Verlässlicher Partner der Städtepartnerschaften

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) ist 50 Jahre alt. Die Institution wurde bereits am 5. Juli 1963 – nicht einmal sechs Monate nach der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages – gegründet. Seit nunmehr einem Jahr wird das „schönste Kind“ des Elysée-Vertrages gefeiert. Zahlreiche Veranstaltungen, Projekte und Veröffentlichungen waren und sind den weitreichenden Folgen der Begegnung zweier großer Männer, Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, gewidmet.

Ein Beitrag von  
Dr. Markus Ingenlath

Seit seiner Gründung vor 50 Jahren haben acht Millionen junge Menschen an den vom **Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW)** und seinen Partnern organisierten Programmen teilgenommen. Das DFJW hat dieses Festjahr unter den Dreiklang „Sich erinnern – feiern – Zukunft gestalten“ gestellt und damit eine hohe Ausstrahlungskraft erzielt, die nicht nur am politischen Stellenwert der großen Momente dieses Jahres – Reims, Ludwigsburg, Berlin und Paris – abzulesen war, sondern gerade auch an der Vielfalt der Aktionen aus der Mitte lebendiger Bürgergesellschaften, darunter zahlreicher Städtepartnerschaften.

## Von der Annäherung zur Aussöhnung

So hat dieses Jahr bisher dazu geführt, sich erneut die enge Beziehung zwischen Städten und Kommunen sowie die Entstehung und heutige Arbeit des DFJW bewusst zu machen. Eine Reihe von Zeitzeugen aus der Generation der „Über-Sechzigjährigen“ konnten mit bewegten Erinnerungen an die ersten Reisen nach Deutschland oder Frankreich zurückdenken und von ihren Begegnungen berichten, von denen viele im Rahmen von Städtepartnerschaften stattfanden. Die Schwierigkeiten damals waren vielfältig und für die heutige Generation kaum mehr vorstellbar: Vor 50 Jahren war es für die meisten



Seit 50 Jahren fördert das Deutsch-Französische Jugendwerk den Austausch und die Beziehungen zwischen jungen Menschen in Deutschland und Frankreich

Jugendlichen nicht selbstverständlich, alleine und zu einem erschwinglichen Preis ins Ausland reisen zu können. Das Misstrauen, das insbesondere die Deutschen fühlten, war real und allzu verständlich, denn seit dem Ende des dritten bewaffneten Konflikts zwischen beiden Ländern innerhalb von 70 Jahren waren nicht einmal 20 Jahre vergangen.

Es waren zunächst ins Exil getriebene Deutsche und aus anderen Ländern stammende Opfer des Nazi-Regimes, die insbesondere in Frankreich seit dem Ende der Kriegshandlungen zu den Ersten zählten, die sich für eine deutsch-französische Annäherung einsetzten. Ebenso machten sich Franzosen, häufig ehemalige Widerstandskämpfer, Deportierte, Kriegsteilnehmer oder Kriegsgefangene für eine Aussöhnung stark. Diesem Engagement gaben sie durch ihre

### Zum Autor:

**Dr. Markus Ingenlath**  
ist Generalsekretär des  
Deutsch-Französischen  
Jugendwerkes (DFJW).

eigenen Erfahrungen und Erlebnisse im Krieg eine besondere Glaubwürdigkeit und Legitimität. Aus ihrer Sicht war es unumgänglich, dass die Jugend beider Länder in den Versöhnungsprozess mit einbezogen wurde.

Aber noch eine andere Lehre wurde aus den Erfahrungen der 1920-er Jahre gezogen: die Notwendigkeit, dieser Annäherung eine stabile Grundlage innerhalb der Bürgergesellschaft zu geben. So wurde 1950 die erste deutsch-französische Städtepartnerschaft zwischen Ludwigsburg und Montbéliard besiegelt, das unter dem Namen Mömpelgard bereits sieben Jahrhunderte gemeinsam mit der Partnerstadt zum Herzogtum Württemberg gehört hatte.

### Weitreichendes Netz von Partnerschaften

Die neue Dynamik, insbesondere zwischen Städten und Berufsgruppen Bande zu knüpfen, entwickelte sich immer stärker. Die Zahl der Städtepartnerschaften belief sich unmittelbar vor der Gründung des DFJW bereits auf 130. Diese Basisarbeit und die langsame Änderung der Mentalitäten ebneten den Weg für den Freundschafts- und Kooperationsvertrag im Januar 1963: Ein immer größerer Teil der Bevölkerung wurde dank der weitreichenden Vernetzung der Gebiete, der fortschreitenden Wiederherstellung des Vertrauens und der Ausweitung des Dialogs zwischen den Gesellschaften in bilaterale Austausche einbezogen.

Die Städtepartnerschaften waren dabei eine der Grundlagen, auf denen das DFJW seine Aktivitäten aufbauen und seine Aufgaben erfüllen konnte. Sie waren von Beginn an privilegierte Ansprechpartner, als das DFJW begann, zusammen mit den Jugendverbänden, den Ländervertretern für Jugend und Schule, Inspecteurs für Jugend und Sport, Inspecteurs généraux des Erziehungswesens, Vertretern der Hochschulen, der Gewerkschaften, des Sports, der Handwerkskammern, des Jugendfunks und vieler kultureller Initiativen ein großes, wirkungsvolles Netzwerk für die Jugend von den Pyrenäen bis zur Ostsee zu schaffen.

Und auch die Städte und Kommunen profitierten in der Folge von der Arbeitsweise des DFJW, die von Anfang an auf dem Prinzip der Reziprozität, das heißt der Förderung von gegenseitigen Begegnungen, sowie vom zahlenmäßigen Ausgleich zwischen Deutschen und Franzosen fußte. Auf diese Weise wurde vielen jungen Menschen dank eines Austauschprogrammes überhaupt

erst bewusst, dass es außer den bekannten Orten wie Paris, dem Rhein, dem Schwarzwald oder München noch weitere Orte zu entdecken gab. Die Geschichte der Kommunalpartnerschaften, die aufgrund des Jugendaustausches entstanden sind, musste noch geschrieben werden.

### Durch den Austausch das Denken verändern

Heute könnte das 50-jährige Bestehen des Elysée-Vertrages und des DFJW Anlass zur Behauptung geben, dass das Ziel erreicht und die Versöhnung besiegelt sei, und dass die durch diese „friedlichste Völkerwanderung der Geschichte“ entstandenen Erfolge endgültig seien. Sicherlich beschäftigen sich junge Menschen von heute nicht mehr vorrangig mit dem Thema der Versöhnung; bei den deutsch-französischen Beziehungen geht es erfreulicherweise auch nicht mehr um Krieg oder Frieden. Aber der ursprünglich utopischen Idee, mit unterschiedlichen Austauschformaten die Denkweise einer ganzen Generation zu beeinflussen, sind gerade auch im digitalen Zeitalter Grenzen gesetzt. Umso wichtiger ist es, das interkulturelle Lernen weiter zu vertiefen und dabei mit eigens entwickelten pädagogischen Instrumenten eine Brücke zwischen Praxis und Theorie, Forschung und Handeln zu bilden.

Das DFJW bemüht sich seit nunmehr fünf Jahrzehnten, diese Grundlagen unter allen



In den ersten Jahren nach der Gründung des Jugendwerkes stand die Aussöhnung im Vordergrund des Austauschs

Verantwortlichen und Betreuern bei Austauschmaßnahmen zu verbreiten. Dies gilt auch für den Bereich der Städtepartnerschaften. Die auf Initiative des DFJW regelmäßig stattfindenden Treffen ermöglichen es, eine Bilanz zu ziehen, Einschätzungen vorzunehmen und sich über die Ergebnisse und Praktiken auszutauschen. Darüber hinaus unterhält das DFJW enge Beziehungen zur französischen und zur deutschen Abteilung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Im Jahr 1986 hat das DFJW einen Partnerschaftsvertrag mit der Französischen Sektion des RGRE (AFCCRE) geschlossen, der es ermöglicht, alle Förderanträge seiner Mitglieder zu verwalten. Ein „Pädagogischer Mitarbeiter“ ist Ansprechpartner des DFJW.

### Jugend als Motor der Städtepartnerschaften

Für das DFJW sind darüber hinaus alle Fragen, die den Nachwuchs und das Engagement von jungen Menschen in Städtepartnerschaften betreffen, von großer Bedeutung. Die Möglichkeit zur finanziellen Unterstützung von Jugendprogrammen der Städte oder Partnerschaftskomitees durch das DFJW wird von mehreren hundert Antragstellern pro Jahr wahrgenommen. Außerdem findet ein großer Teil – rund 30 Prozent der vom DFJW geförderten Schulaustausch-, Sport-, Kultur- und Jugendprogramme – im Rahmen von Städtepartnerschaften statt. Das Individualprogramm „Job in der Partnerstadt“, bei dem junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren beim Vorhaben eines Ferienjobs über vier Wochen in einer Firma, einer Institution oder der Verwaltung in der Partnergemeinde unterstützt werden, erfreut sich bei jungen Menschen steigender Beliebtheit. Das DFJW hat hier einen attraktiven Rahmen mit Übernahme des Versicherungspakets und weiterer Formalitäten geschaffen.

Daneben sind ebenfalls spezielle Sprachpraktika auf Grundlage der Tandem-Methode vorgesehen, wie das Beispiel der regionalen Partnerschaft zwischen Maine und Niedersachsen zeigt. Ein Stipendienprogramm erlaubt den Organisatoren und den Betreuern des Austauschs, an Intensivsprachkursen teilzunehmen. Schließlich engagiert sich das DFJW auch im Austausch mit so genannten Drittländern, insbesondere in Form von trinationalen Programmen. Diese werden etwa mit Polen durchgeführt, aber auch mit Ländern, die in ehemaligen Konfliktgebieten wie dem Balkan liegen. Hier bieten sie die Möglichkeit, den Erfahrungsschatz des DFJW

als Inspirationsquelle zu sehen und Instrumente und Methoden universeller Tragweite zu zeigen.

### Neue Herausforderungen

Das interkulturelle Lernen in all seinen Formen bleibt für das DFJW der Grundstein für Austauschbegegnungen in allen Bereichen, die das gemeinsame Handeln und gemeinsame Leben, Neugier und die Frage nach den kulturellen Unterschieden einschließen. Die Vielfalt der Arbeitsbereiche innerhalb der Städtepartnerschaften ist groß. Es kann sich um so unterschiedliche Gebiete wie Fragen der institutionellen Zusammenarbeit, Kultur, Netzwerke thematischer Zusammenarbeit, Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung, soziale Eingliederung, Bildung und Ausbildung, Staatsbürgerschaft, humanitäre Hilfe und Solidaritätsmaßnahmen handeln. Dies sind nur einige Beispiele für Maßnahmen, die vom DFJW, aber auch vom Programm „Komune goes international“ der Bundesregierung unterstützt werden.



Im Tandem bringen sich deutsche und französische Jugendliche gegenseitig ihre jeweilige Sprache bei

Zugleich findet dadurch die notwendige Erneuerung des Austauschs im Rahmen der Städtepartnerschaften statt. Diese Erneuerung ist noch oft an die „Pioniergeneration“ gebunden. Es ist jedoch wichtig, den Jugendlichen in den Städtepartnerschaftskomitees und anderen Instanzen einen Platz einzuräumen, der ihnen die Möglichkeit gibt, sich in Projekte einzubringen, ohne sich in den Vereinen über einen langen Zeitraum zu verpflichten. Auf diese Weise können die Städtepartnerschaften Antworten auf neuere Entwicklungen unserer Gesellschaften finden, die auch für andere Organisationen der Bürgergesellschaft von Nutzen sind.

Die DFJW-Juniorbotschafter, ein 2009 gegründetes Netzwerk, können in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spielen. Durch ihre Nähe zu einem jungen Publikum haben sie die Möglichkeit, auf

aktuelle Tendenzen in der Gesellschaft zu reagieren und so innovative Aktionen anzubieten. Auf lokaler Ebene agieren DFJW-Juniorbotschafter in enger Zusammenarbeit mit den Komitees der Städtepartnerschaften und versuchen so, neue Akzente zu setzen. Sie tragen zudem in der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. (VDFG) und seinem französischen Pendant Fédération des Associations Franco-Allemandes pour l'Europe (FAFA) dazu bei, die Brücken des Dialogs zwischen den Generationen zu schlagen und Städtepartnerschaften so jugendliche Impulse zu verleihen.

Der Schwerpunkt der Aktionsfelder der Partnerschaften könnte auch auf neue Herausforderungen gelegt werden und dadurch ganz neue Relevanz gewinnen, wie beispielsweise verstärkt Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen für die Städtepartnerschaften zu motivieren und einzubinden. Erste gute Erkenntnisse hat das DFJW aus dem Pilotprojekt eines Partnerprogramms der Pariser Vorstadt Clichy-sous-Bois und Berlin-Neukölln gezogen. Eine weitere grundlegende Herausforderung bleibt die Förderung der persönlichen und beruflichen Mobilität: Über das Interesse für Begegnungen und Entdeckungen hinaus ist es offensichtlich, dass die Mobilität eine immer dringendere Notwendigkeit für die Bildung und den Beruf darstellt. Die Städtepartnerschaften können dazu früh die Mittel bieten. Schließlich bietet auch das Thema Staatsbürgerschaft in seiner europäischen Dimension zahlreiche Anknüpfungspunkte für



Mit Unterstützung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes trafen sich Jugendliche aus den Partnerstädten Halle und Grenoble zu einem von Jugendlichen für Jugendliche organisierten Austausch

die Partnerschaft zwischen deutschen und französischen Kommunen.

Die 2.400 deutsch-französischen Städtepartnerschaften bilden ein Netzwerk, das so eng ist wie nirgends sonst auf der Welt. Es ist wichtig, dieses Potenzial weiter zu beleben, wo notwendig, zu erneuern und insgesamt aufzuwerten. Dies ist die Aufgabe, zu der das DFJW voll und ganz beitragen will. ■

## Infos

### Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW):

☞ <http://www.dfjw.org/>

### Deutsch-Französisches Internetportal der Bundesregierung:

☞ <http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/>

### Datenbank der kommunalen Partnerschaften der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:

☞ <http://www.rgre.de/partnerschaften0.html>

## Buchtipps

### Neuer Europa-Oeckl erschienen

Das neue „Taschenbuch des Öffentlichen Lebens – Europa und internationale Zusammenschlüsse 2013/2014“ ist erschienen. Mit mehr als 9.200 aufgeführten internationalen Organisationen und über 24.000 Entscheidungsträgern und Pressevertretern samt Kommunikationsdaten wie Anschrift, Telefon- und Faxnummer sowie E-Mail- und Internet-Adresse bietet der Europa-Oeckl einen kompakten Überblick über die institutionelle und persönliche Architektur der Europäischen Union. Darüber hinaus sind zahlreiche Einrichtungen und Kontaktpersonen aus weiteren öffentlichen Bereichen sowie aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft aufgeführt.

Für die Recherche mit täglich aktualisierten Daten erhält jeder Nutzer zudem mit dem im Buch verzeichneten persönlichen Code für ein Jahr einen freien Zugang zur Online-Datenbank mit insgesamt 27.200 Personen und 10.850 Einträgen. Zusätzlich zum

Buch gibt es dort die Daten etwa der weltweiten Delegierten der EU sowie der ständigen Vertreter von nationalen Parlamenten in Brüssel, der EU-Beitrittskandidaten und internationaler Organisationen.

Die 18. Auflage des „Taschenbuches des Öffentlichen Lebens – Europa und internationale Zusammenschlüsse 2012/2013“, begründet von Professor Dr. Albert Oeckl, ist im Festland Verlag Bonn erschienen und kann unter der ISBN 978-3-87224-119-1 zum Preis von 121,90 Euro im Buchhandel oder direkt beim Verlag erworben werden.

### Europa-Oeckl:

☞ <http://www.oeckl.de/>




Siebte Deutsch-Lettische Partnerschaftskonferenz in der Stadt Melle:

# Neue wichtige Impulse für die Zusammenarbeit

Vertreterinnen und Vertreter aus deutschen und lettischen Kommunen trafen sich vom 31. Juli bis 3. August 2013 zur siebten Deutsch-Lettischen Partnerschaftskonferenz in der niedersächsischen Stadt Melle. Den Schwerpunkt der Veranstaltung bildete das Thema „Bildung und Ausbildung – Chancengleichheit in Europa“.

Ein Beitrag von  
Jürgen Krämer

Die  Stadt Melle hat Lettland mit offenen Armen empfangen: Während einer Feierstunde im Forum eröffneten der Meller Bürgermeister Dr. André Berghegger und der stellvertretende Bürgermeister von Jekabpils, Aivars Kraps, am 31. Juli 2013 vor rund 100 Gästen die siebte Deutsch-Lettische Partnerschaftskonferenz. Eine besondere Note erhielt die Auftaktveranstaltung durch ein Impulsreferat, das Dr. Sigrid Fretlöh vom Team Europe der Europäischen Kommission zum Thema „20 Jahre Unionsbürgerschaft – Vorteile für Städtepartnerschaften“ hielt.

„Schön, dass wir heute strahlenden Sonnenschein haben. Das unterstreicht die positive Grundstimmung“, erklärte Bürgermeister Dr. Berghegger, der sich darüber freute, dass sich zum einen Repräsentanten lettischer Kommunen wie Jekabpils, Vecpiebalga, Jelgava, Naukseni, Sigulda und Rujena, zum anderen aber auch Vertreter der Landkreise Gütersloh und Herford, der Städte Halle in Westfalen, Bürgel und Willich sowie der Gemeinde Handewitt in Melle eingefunden hatten. Sein besonderer Gruß galt Sven-Georg Adenauer als Landrat des Kreises Gütersloh, der eine Partnerschaft mit dem lettischen Kreis Valmiera unterhält. „Wenn die Führung einer Kommune hinter einer solchen Partnerschaftsarbeit steht, gibt das der Bewegung immer wieder Schwung“, stellte der Bürgermeister fest.

## Partnerschaft zwischen Melle und Jekabpils

Dr. Berghegger erinnerte an die Anfänge der Städtepartnerschaft zwischen Melle und



Jekabpils. Im Jahre 1993 habe Janis Jesinskis, ein Einwohner des Ortsteils Wetter, die Bitte des Bürgermeisters der Stadt Jekabpils überbracht, mit der Stadt Melle partnerschaftliche Beziehungen auf den Gebieten Sport, Kultur, Tourismus und Kriegsgräberfürsorge zu knüpfen. Daraufhin sei es bereits im Mai 1994 zu einem Besuch einer lettischen Delegation in Melle gekommen. Die ersten Kontakte führten auch schnell zur Gründung des Deutsch-Baltischen Freundeskreises Melle e.V. (DBF), der am 17. Dezember 1994 mit dem Hauptziel aus der Taufe gehoben wurde, die historischen Beziehungen zu den Bürgern, Institutionen und wirtschaftlichen Unternehmen der baltischen Länder wiederzubeleben und zu pflegen. Eine erste Reise vonseiten der Stadt Melle nach Litauen und Lettland fand im Juni 1996 statt. Nachdem auch in Jekabpils mit dem lettischen Interessenkreis das Pendant zum DBF in Melle gebildet war, erfolgte 1998 die Unterzeichnung der Freundschaftsurkunde zwischen den beiden Städten.

Der Erste Stadtrat der Stadt Melle, Andreas Dreier (links), begrüßte die zahlreichen Kunstinteressierten zur Vernissage der Kunstausstellung „Von Eiszeit zu Eiszeit“ in der Alten Posthalterei

## Zum Autor:

Jürgen Krämer ist Mediensprecher der Stadt Melle.

„Melle steht mit diesem Engagement in einer Reihe mit Städten wie Gütersloh, Willich und Handewitt, die sich ebenfalls eng mit Lettland verbunden fühlen“, machte Dr. Berghegger deutlich. Um Synergien zu bündeln, sei vor einigen Jahren die Deutsch-Lettische Partnerschaftskonferenz ins Leben gerufen worden. Das Ziel der siebten Tagung bestehe unter anderem darin, neue Erkenntnisse für die Partnerschaftsarbeit zu gewinnen. Aus diesem Grunde würden Jahr für Jahr neue Themenschwerpunkte definiert – dieses Mal unter dem Leitgedanken „Bildung und Ausbildung – Chancengleichheit in Europa“.

Im Anschluss an die offizielle Eröffnung kamen im Forum und in der Alten Posthalterei Arbeitsgruppen zusammen, die sich mit den Schwerpunktthemen „Kunst und Kultur“, „Soziales und Familie“ sowie „Umwelt und Klima“ auseinandersetzten. Zudem tagte im Sitzungssaal des historischen Rathauses die Lenkungsgruppe, die sich ebenfalls mit aktuellen Themenstellungen befasste.

### Kunstaustellung zum Klimawandel

„Von Eiszeit zu Eiszeit“ lautete der Titel einer Kunstaustellung, die der Partnerschaftskonferenz eine ganz besondere kulturelle Note verlieh. Die Präsentation in der Alten Posthalterei umfasste Werke von Ruta Stelmahere, Uldis Camans und Rolands Hartmans aus Jekabpils und Arbeiten von Maria Otte, Roswitha Pentzek und Dieter Pentzek aus Melle. „Im Rahmen des großen Partnerschaftstreffens der Stadt Melle und ihrer lettischen Partnerstadt Jekabpils darf ich heute gemeinsam mit ihnen auf einen kulturellen Höhepunkt blicken“, stellte der Erste Stadtrat Andreas Dreier während der Vernissage anerkennend fest. Die Dialogausstellung von Künstlern aus Melle und Jekabpils greife den Aspekt der globalen Klimaveränderung auf. Die sensibelsten Antennen für Veränderungen, Gefahren und Beeinträchtigungen habe immer schon die Kunst gehabt – und immer habe sie auch den Anspruch erhoben, die Wirklichkeit mitzugestalten. Selbstverständlich könne die Kunst auch dazu beitragen, das Verständnis für den Wert und die Schutzbedürftigkeit unserer natürlichen und kulturellen Umwelt zu wecken. Sie könne mit ihren Mitteln über das Rationale hinaus diese Probleme im Bewusstsein der Menschen verankern. Mit ihrer unerschöpflichen Palette von Sichtweisen und Erfahrungen sei sie in der Lage, „uns anzuregen, schädliche Gewohnheiten abzulegen, Fehler wiedergutzumachen und

unberechtigte Ansprüche gegenüber unserer Umwelt abzubauen“, so Dreier.

### Ausbildungssysteme im Blickpunkt

Einen besonderen Schwerpunkt der Partnerschaftskonferenz nahmen die Vorstellungen des lettischen und des niedersächsischen Ausbildungssystems ein. Nach Einschätzung von Thomas Castens kann sich im Berufsbildungssystem ein intensiveres Miteinander zwischen Deutschland und Lettland ergeben. „Es gibt gute Gründe, zusammenarbeiten“, sagte der Referent aus dem Niedersächsischen Kultusministerium. Europa wachse zusammen, die größten deutschen Exporte gingen in die europäischen Nachbarländer – und von den ausländischen Direktinvestitionen in Lettland liege Deutschland auf Platz eins.



Die Kunsterzieher Dettlef Groth und Sonja Hallmann-Groth, Melles Hauptamtsleiter Gottfried Müller, Jekabpils stellvertretender Bürgermeister Aivars Kraps und Melles Erster Stadtrat Andreas Dreier (vorne von links) präsentierten das von den Jugendlichen aus Melle und Jekabpils gestaltete Mosaik

„Darum melde ich auch gerne mein Interesse am Austausch zwischen dem deutschen und dem lettischen Bildungssystem, Interesse am Austausch zwischen Berufsbildenden Schulen aus Deutschland und Lettland und zwischen Berufsschullehrern und betrieblichen Ausbildern beider Länder sowie zwischen Schülerinnen und Schülern beziehungsweise Auszubildenden aus Deutschland und Lettland an“, sagte der Experte weiter. Ganz so, wie es die Anfang Juli 2013 unterzeichnete „Joint Declaration of Intent“ zwischen den Bildungsministerien der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland mit Bezug auf den Bereich der beruflichen Bildung ausweise. Der Anstoß zu dieser Deklaration war übrigens während der Deutsch-Lettischen Partnerschaftskonferenz im Jahre 2012 in Jekabpils gegeben worden.

Zur Unterstützung der Berufsbildenden Schulen sei das Europäische Netzwerk „European Regions Enhancing Internationalisation in Vocational Education and Training“ (EREIVET) aufgebaut worden, das vom Niedersächsischen Kultusministerium koordiniert werde“, erläuterte Castens und fuhr fort: „Mit Lettland gibt es in diesem

Bereich bisher noch wenig Berührungspunkte. Aber es besteht Interesse.“

Zuvor hatte Ilze Buligina vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Lettland das lettische Ausbildungssystem vorgestellt. Als informativ erwies sich darüber hinaus auch das Referat, das die Meller Pädagogin Roswitha Pentzek hielt. Ihr Thema: „Die Entwicklung der modernen Gesellschaft – ein Prozess der Weltentfremdung?“ Zum dualen Bildungssystem in Deutschland sprachen Rolf Ender von der Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim und der Leitende Regierungsschuldirektor a.D. Friedrich-Wilhelm Rittmeister – verbunden mit der Botschaft an Lettland, die Einführung eines solchen Systems zu prüfen.

### Jugendliche kreativ in Aktion

Was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Deutsch-Lettischen Partnerschaftskonferenz besonders beeindruckte: Im Rahmen eines Kreativ-Workshops erstellten rund 25 Jugendliche aus Deutschland und Lettland aus 45.000 bunten Steinchen ein Mosaik, das die Wappen der beiden Partnerstädte Jekabpils und Melle zeigt und in Kürze den neuen Jekabpils-Platz in Melle zieren wird.

Bei der Präsentation des Mosaiks im Gymnasium Melle betonte der Hauptamtsleiter der Stadt Melle, Gottfried Müller, dass es den Organisatoren der Partnerschaftskonferenz wichtig gewesen sei, auch junge Menschen aus Lettland und Deutschland in die Partnerschaftsarbeit einzubinden. „Wir haben im Vorfeld überlegt, wie sich die Jugendlichen inhaltlich einbringen könnten und kamen auf die Idee, ein Kunstwerk für den neuen Jekabpils-Platz gestalten zu lassen.“ Müller wies in diesem Zusammenhang auf die Wand-Reliefs hin, die Schülerinnen und Schüler bereits vor einiger Zeit für den Nigde-Platz kreiert hatten.

Mit den Kunsterziehern Detlef Groth vom Gymnasium Melle und Sonja Hallmann-Groth von der Integrierten Gesamtschule Melle fand die Stadt zwei starke Partner, die den Workshop leiteten. Mehrere Tage lang setzten etwa 25 Jugendliche aus Jekabpils, Jelgava, Naukseni, Rujiena, Handewitt, Melle und Willich die kleinen Steinchen zusammen. „Obwohl sich die Jugendlichen erst zu Beginn des Workshops kennenlernten, entstand spontan ein großartiges Wir-Gefühl. Und die Schüler aus Lettland machten sich daran, das Wappen der Stadt Melle zu gestalten, während die Jugendlichen aus Deutschland die Gestaltung des Wappens der Stadt Jekabpils übernahmen“, berichtete der Kunstlehrer.

Am Ende habe nicht nur ein sehenswertes Mosaik gestanden, sondern auch ein großartiges Gemeinschaftserlebnis.

Bei der anschließenden Einweihung des Jekabpils-Platzes im Grönenbergpark zeigte sich Bürgermeister Dr. André Berghegger angetan vom Engagement der jungen Leute, „die etwas Bleibendes für unsere Stadt geschaffen haben“. Hierfür sprach er ihnen ebenso wie den Eheleuten Groth seinen Dank aus. Anschließend brachte er zusammen mit dem stellvertretenden Bürgermeister der lettischen Schwestergemeinde, Aivars Kraps, ein Namensschild an einer Mauer am Rande des Platzes an.

Aivars Kraps war nicht mit leeren Händen nach Melle gekommen. Er übergab dem Meller Bürgermeister vier Steine mit symbolischen Luchsspuren – verbunden mit dem Hinweis, dass es sich bei dem Luchs um das Wappentier der Stadt Jekabpils handele. Erst kürzlich seien in der Stadt an der Düna solche Steine verlegt worden, um Interessierte über diese Fahrten zu den örtlichen Sehenswürdigkeiten zu führen. „Wir werden die Steine in die weitere Gestaltung des Jekabpils-Platzes einbeziehen“, versicherte Dr. Berghegger, der dem Gast aus dem Baltikum für das außergewöhnliche Präsent dankte.

### Handlungsempfehlungen

Am Ende der Partnerschaftskonferenz legte Dr. Arthur Christiansen als Sprecher der Steuerungsgruppe der Partnerschaftskonferenz den Kongressteilnehmern Handlungsempfehlungen vor. Darin heißt es unter anderem: „Die Konferenz begrüßt die Entscheidung der Deutschen Bundesregierung und der Lettischen Staatsregierung, ein duales Berufsausbildungssystem analog der deutschen Berufsausbildungsregelung zunächst versuchsweise einzuführen. Damit kommen beide Staaten dem Wunsch der Partnerschaftsgemeinden nach Harmonisierung der Berufsausbildungssysteme nach. Vor diesem Hintergrund betrachtet es die Partnerschaftskonferenz als wichtig, die Umsetzung dieser Regelung, die am 1. September 2013 in Lettland beginnt, ganz eng zu begleiten. Es besteht der Wunsch, nach etwa einem Jahr erste Erfahrungsberichte von den an diesem Ausbildungssystem teilnehmenden Jugendlichen einzuholen, ihre ‚Berufsschullehrer‘ zu befragen und bei den Unternehmensbeauftragten nachzufragen, ob und in wie weit sie mit den ersten Erfahrungen zufrieden sind. Auch das Bildungsministerium wird um erste Erfahrungsberichte gebeten.“



Der stellvertretende Bürgermeister von Jekabpils, Aivars Kraps (links), übergab Meller Bürgermeister Dr. André Berghegger Steine mit symbolischen Luchsspuren

### Infos

Stadt Melle:

☞ <http://www.melle.info/>

Projekt der deutsch-französischen Partner Rostock und Dünkirchen:

# Mit „Jugend Ahoi“ auf dem richtigen Kurs

Im 50. Jahr der deutsch-französischen Freundschaft hat das Europäische Integrationszentrum Rostock e.V. in Zusammenarbeit mit der Städtegemeinschaft Dünkirchen in Frankreich und dem Deutsch-Französischen Jugendwerk den Jugendaustausch „Jugend Ahoi / Ohé la jeunesse“ organisiert. Das Projekt bestand aus einem Segeltörn sowie Aufhalten in beiden Ländern und sollte sozial benachteiligte Jugendliche motivieren, ihre eigenen Fähigkeiten und Grenzen kennenzulernen.

Ein Beitrag von  
Jasmina Jessica  
Köhler

Die interkulturelle Jugendbegegnung **„Jugend Ahoi / Ohé la jeunesse“** des **Europäischen Integrationszentrums (EIZ) Rostock e.V.** und der Städtegemeinschaft Dünkirchen in Frankreich wurde als eines von 50 Projekten vom Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) ausgewählt, um das 50-jährige Bestehen der deutsch-französischen Freundschaft zu feiern sowie die seit 1960 bestehende Partnerschaft zwischen den beiden Hafestädten zu festigen.

Die Idee zu diesem einmaligen Projekt in Norddeutschland entstand 2012 bei einem Projekttreffen von „Sieben Brücken die verbinden...“, eine grenzüberschreitende und generationsübergreifende Begegnung zwischen Rostocks Partnerstädten Århus in Dänemark, Szczecin in Polen und der Städtegemeinschaft Dünkirchen in Frankreich.

Der Leitgedanke von Mandy Kröppelien vom EIZ Rostock und Steffi Suhl von der Städtegemeinschaft Dünkirchen war es, eine Begegnung zwischen jungen Deutschen und Franzosen zu ermöglichen, damit diese die Freundschaft zwischen den beiden Ländern und vor allem zwischen den beiden Partnerstädten erkunden können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten die Möglichkeit erhalten, miteinander in den interkulturellen Dialog zu treten und somit die europäische Vielfalt zu entdecken.



Die Jugendlichen aus Rostock und Dünkirchen segelten mehrere Tage gemeinsam von Partnerstadt zu Partnerstadt

## Projekt für benachteiligte Jugendliche

Das Projekt richtete sich an zwölf Jugendliche aus Rostock und der Städtegemeinschaft Dünkirchen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren mit besonderem Förderungsbedarf, sprich: mit sozialökonomischen Problemen, Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder in der Familie. Hierfür konnte das EIZ Rostock auf deutscher Seite den Sozialdienst der Arbeiterwohlfahrt Rostock als Kooperationspartner gewinnen. Die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zum einen aus dem Projekt „Motivation Job“ (MoJo) und zum anderen aus der Tagesstätte „Sprungfeder“ und der Berufsvorbereitenden Tagesstätte (BvTS) in Rostock und wurden während der gesamten Projektlaufzeit von einer Mitarbeiterin des AWO Sozialdienstes Rostock betreut. Auf französischer Seite wurden die

### Zur Autorin:

Jasmina Jessica Köhler ist Koordinatorin des Projektes „Jugend Ahoi / Ohé la jeunesse“ beim Europäischen Integrationszentrum (EIZ) Rostock e.V.



teilnehmenden Jugendlichen von der Ecole de la deuxième chance „Côte d’Opale“ ausgewählt und ebenfalls von einer Gruppenreferentin betreut. Außerdem wurde die Begegnung von zwei Sprachanimatorinnen begleitet. Hauptziel des Projektes war es, die Teamfähigkeit, Selbstständigkeit und Eigeninitiative der Jugendlichen aus den beiden Partnerstädten zu fördern und ihnen somit die Möglichkeit zu geben, über sich hinauszuwachsen.

## Vorbereitung und Begegnung

Im Februar 2013 begannen auf beiden Seiten die Vorbereitungskurse zu verschiedenen Themen. Dazu gehörten etwa die Grundlagen der Europäischen Union, die Möglichkeiten der Unionsbürgerschaft und die deutsch-französische Geschichte. In diesem Zusammenhang gab es auch mehrere Stunden Sprachunterricht, um die Jugendlichen aus Rostock und der Städtegemeinschaft Dünkirchen für die jeweils andere Sprache zu sensibilisieren. Ebenso setzten sich die Jugendlichen mit dem Thema Vorurteile auseinander.

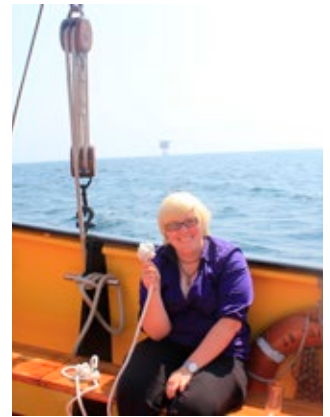
Ein weiterer wichtiger Teil der Vorbereitung widmete sich der Dokumentation des Aufenthaltes. So lernten die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Umgang mit der Videokamera und was bei der Erstellung eines Reise-Blogs zu beachten ist. Die französischen Jugendlichen erweiterten ihre Fotografie-Kenntnisse, um die Begegnung mit Bildern dokumentieren zu können.

Höhepunkt des Projektes bildete die gemeinsame Begegnung zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Juli 2013. Der Austausch wurde dabei in drei Phasen aufgeteilt. Den Auftakt bildeten zunächst drei gemeinsame Tage in Rostock. Dann ging es zusammen für fünf Tage auf das Segelschiff „J.R. Tolkien“ Richtung Dünkirchen, wo dann zum Abschluss nochmals drei gemeinsame Tage verbracht wurden.

## Nachbereitung und Fazit

Nach einer kleinen Pause befinden sich die Jugendlichen aus beiden Partnerstädten nun in der Nachbereitungsphase. Das Video- und Fotomaterial muss gesichtet werden. Auf deutscher Seite wird neben dem Reiseblog auch ein Video über die deutsch-französische Begegnung erstellt und auf französischer Seite werden die besten Fotos für eine Ausstellung vorbereitet. Außerdem erhalten die Jugendlichen ein Zertifikat über die erfolgreiche Teilnahme und die angeeigneten Kompetenzen.

Eine erste Reflexion auf dem Schiff hat bereits gezeigt, dass „Jugend Ahoi“ ein voller Erfolg war. Die Jugendlichen haben in Gemeinschaftsarbeit Sprachbarrieren überwunden und ihren Horizont erweitert. Sie sind in vielen Situationen über sich hinausgewachsen und konnten den Wert der seit 50 Jahren bestehenden Freundschaft zwischen den beiden Hafenstädten Rostock und Dünkirchen entdecken. ■



Zum Programm der Jugendlichen gehörte auch das Erlernen von Seemannsknoten

## Infos

**Jugendbegegnung „Jugend Ahoi / Ohé la jeunesse“:**

☞ <http://50jahre.dfwj.org/50projekte/jugend-ahoi>

**Europäisches Integrationszentrum Rostock e.V.:**

☞ <http://www.eiz-rostock.de/>

## Aus dem Reisetagebuch

Nach elfstündiger Zugfahrt erreichten die französischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 2. Juli 2013 Rostock. Am nächsten Morgen trafen die Jugendlichen beider Nationen am Strand von Warnmünde zum ersten Mal aufeinander. Nach gemeinsamen Tagen in Rostock hieß es am Morgen des 5. Juli 2013 „Leinen los“ in Warnemünde: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des deutsch-französischen Projektes „Jugend Ahoi / Ohe la jeunesse“ enterten den Gaffeltopsegelschoner „J.R. Tolkien“.

Die Fahrt auf der Ostsee in Richtung Kiel diente vor allem dazu, das Schiff zu erkunden, aber auch die sechsköpfige Crew kennenzulernen. Außerdem musste eine Arbeitsteilung her: Wer macht den Abwasch? Wer hilft bei Arbeiten an Deck? Und wer übernimmt wann den Wachdienst in der Nacht an Deck? Schon bald wurde klar: „Wir sitzen alle im selben Boot!“. Am Abend wurden die Leinen in Kiel wieder festgemacht und die Teilnehmer konnten nochmals festen Boden betreten, bevor es am nächsten Morgen durch den Nord-Ostsee-Kanal weiter Richtung Nordsee ging.

Die ruhige Fahrt durch die meistbefahrene künstliche Wasserstraße nutzten zahlreiche Jugendliche, aber auch die Betreuerinnen, um den Mast der Tolkien zu erklimmen. Am späten Samstagmittag ging es dann über die Elbe auf die Nordsee.

Die See wurde rauer und gemeinsam wurden die Segel gehisst und der Motor ausgeschaltet.

Am Sonntag konnten alle das schöne Wetter und den sanften Wellengang genießen, doch auch die Arbeit kam nicht zu kurz. Das gemeinsame Deckschruppen war schnell erledigt. Während der Workshops konnten die deutschen und französischen Jugendlichen auch ihre Französisch- beziehungsweise Deutschkenntnisse erweitern.

Zum Ende des Segeltörns mussten alle Jugendlichen nochmal anpacken, da sich der Wind stetig änderte und somit auch die Segel immer wieder neu gesetzt werden mussten. Aufgrund der guten Wetterverhältnisse kam die Gruppe bereits am Dienstagabend und damit früher als geplant in Dünkirchen an. Nach fünf unvergesslichen Tagen auf dem Wasser hieß es am Mittwochmorgen, von der Tolkien und der Crew Abschied zu nehmen.

Die Highlights in Dünkirchen waren eine gemeinsame Fahrradtour und der Besuch der Ecole de la deuxième chance. Am Samstag, den 13. Juli 2013 ging es dann in aller Frühe für die deutschen Jugendlichen zurück nach Deutschland. Mit unvergesslichen Erinnerungen im Gepäck und um viele Erfahrungen reicher, kamen sie am späten Abend wieder in Rostock an.

## Grundtvig-Workshop zur Erwachsenenbildung in der Stadt Pforzheim:

# Partnerstädte auf gemeinsamer Spurensuche

Die Stadt Pforzheim hatte vom 30. Juni bis 10. Juli 2013 insgesamt 17 Gäste aus sieben verschiedenen Ländern zu Gast. Die meisten kamen aus den Pforzheimer Partnerstädten Irkutsk in Russland, Nevşehir in der Türkei, Osijek in Kroatien, Saint-Maur-des-Fossés in Frankreich, Tschenstochau in Polen und Vicenza in Italien. Anlass war ein international ausgerichteter und von der Europäischen Union geförderter Grundtvig-Workshop zum Thema „Heimat Europa“.

Ein Beitrag von  
**Anna-Lena Beilschmidt**  
 und **Anja Hamerski**

Sieben Länder, sieben verschiedene Kulturen, viele verschiedene Sprachen, doch eines haben sie alle gemeinsam: Sie sind Europa. Im Zuge eines **Grundtvig-Workshops** besuchten insgesamt 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Ländern **Pforzheim**. Die meisten kamen aus den Partnerstädten in Polen, Frankreich, Italien, Russland, Kroatien und der Türkei. Beim Empfang betonte der Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim, Gert Hager: „Vor 70 Jahren war es noch nicht vorstellbar, dass wir als Europäer einmal unser nationalstaatliches Denken zurückstellen könnten, um einen gemeinsamen Weg zu gehen“.

### Erwachsenenbildung mit Grundtvig

**Grundtvig** ist die Bezeichnung für das Europäische Programm zur allgemeinen Erwachsenenbildung. Es ist nach dem dänischen Theologen und Pädagogen Nikolaj Grundtvig benannt, der von 1783 bis 1872 lebte und schon damals wichtige Grundsteine für lebenslange Lernprogramme entwickelte. Im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Programms werden Personen über 18 Jahre bei der Erweiterung ihres Wissen und ihrer Kompetenzen durch die Teilnahme an individuellen Fortbildungen im europäischen Ausland gefördert. Ziel ist es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Grundtvig-Workshops trafen während des Europa-Cafés auf die Stadträte Pforzheims

internationale Lernerfahrungen in einem informellen Kontext zu ermöglichen. Darüber hinaus fördert die Europäische Union mit Grundtvig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der europäischen Erwachsenenbildung. Damit sollen die durch die Alterung der Bevölkerung entstehenden Bildungsherausforderungen angegangen werden. Das Grundtvig-Programm steht allen Unionsbürgerinnen und -bürgern offen – egal ob jung oder alt.

### Grundtvig in der Stadt Pforzheim

Die Abteilung „Europa und Städtepartnerschaften“ im Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Rats- und Europaangelegenheiten der Stadt Pforzheim hat bereits im Jahr 2011 einen Workshop mit dem Titel „GENIAL – Lernen

#### Zu den Autoren:

**Anna-Lena Beilschmidt** ist Leiterin der Abteilung „Europa und Städtepartnerschaften“ im Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Rats- und Europaangelegenheiten der Stadt Pforzheim.

**Anja Hamerski** ist Praktikantin in der Abteilung „Europa und Städtepartnerschaften“.

durch Handeln“ durchgeführt. GENIAL stand dabei für GENERationsübergreifend, Innovativ, Aktiv und Lernen. Die positive Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die neu entstandenen internationalen Kontakte insbesondere in die Pforzheimer Partnerstädte waren Ansporn, im Jahr 2012 einen neuen Antrag zu stellen.

Der Grundtvig-Workshop vom 30. Juni bis zum 10. Juli 2013 stand unter dem Thema „Heimat Europa?!“ und führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Spurensuche nach einer gemeinsamen europäischen Vergangenheit. Sie wurden angeregt, sich mit ihren eigenen Vorstellungen von Heimat auseinanderzusetzen und ihre Kompetenzen und Erkenntnisse mit anderen zu teilen. Somit diente der Workshop, wie auch von der Europäischen Union vorgegeben, in erster Linie der persönlichen Weiterentwicklung und nicht der beruflichen Fortbildung.

Zu Beginn des Workshops stellte jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer sein Land und die kulturellen Gepflogenheiten vor, so dass alle einen kleinen Einblick in die verschiedenen Kulturen erhielten. Während des Workshops führte zudem jeder der 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Workshop-Tagebuch, in dem Gedanken, Gefühle und Eindrücke festgehalten wurden.

Auf dem Programm der Besucherinnen und Besucher stand auch eine etwas andere Stadtführung. Der Reuchlin-Experte Olaf Schulze – verkleidet als Humanist Johannes Reuchlin – führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den wichtigsten Plätzen und Orten der Pforzheimer Innenstadt. Der anschließende Besuch durch das Museum Johannes Reuchlin durfte dabei nicht fehlen. Hier gab es dann Einblicke in das Leben und Wirken des berühmten Pforzheimers.

Weitere Programmpunkte bildeten Besuche im Stadttheater und im Technischen Museum, ein Treffen mit den deutsch-ausländischen Gesellschaften und einigen Stadträten sowie eine Führung durch das Schmuckmuseum. Dort konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr handwerkliches Geschick unter Beweis stellen und selber Ketten, Armbänder und Ringe herstellen. Ihrer eigenen Kreativität freien Lauf lassen konnten die Gäste zudem im Rahmen eines Kalligraphie-Workshops, wo sie ihre Namen in den verschiedensten Arten schreiben und verzieren konnten.

Ein besonderer Höhepunkt war die Fahrt nach Straßburg, wo die Gruppe den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte besuchte und auf einer Schifffahrt auf der

Ill die Facetten der französischen Stadt und die europäischen Institutionen bestaunte. Zum Abschluss des Grundtvig-Workshops gab es ein kleines Abschiedsfest, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Erlebte noch einmal Revue passieren ließen.

### Positive Resonanz

Der Workshop in Pforzheim hat den Zusammenhalt zwischen den Partnerstädten und die Verbindung zu Europa gestärkt. Dabei waren es nicht nur die großen Erlebnisse, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dem gemeinsamen Europa ein Schritt näher gebracht haben. Auch die kleinen Erlebnisse waren wichtig. „Ich habe während dieser tollen Tage viele neue Freundschaften geschlossen“, sagte etwa die Polin Renata Smietanka. „Das bedeutet mir sehr viel.“

Aber nicht nur freundschaftliche Bande wurden geknüpft. Auch der kulturelle Hintergrund Deutschlands und vor allem Pforzheims beeindruckte die Besucherinnen und Besucher. „Alles was ich hier neu kennengelernt habe, war wirklich interessant und zu Hause kann ich meiner Familie viel über Deutschland erzählen“, zeigte sich Diletta Casarotto aus Vicenza begeistert. „Deutschland hat bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen und auch mein Europegefühl hat sich durch die Zusammenarbeit verstärkt“, sagte auch die französische Studentin Laureline Massias aus Saint-Maur-des-Fossés.

Der Grundtvig-Workshop brachte somit für jeden Teilnehmer etwas – seien es nun neue Freundschaften, das neue kulturelle erworbene Wissen oder auch einfach nur Spaß. Und wie es der aus Osijek stammende Kroatier Bojan Cutuk treffend ausdrückte: „Es freut mich Europäer sein!“

### Ein Blick in die Zukunft

In der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 wird Grundtvig unter dem Programm ERASMUS+ für Bildung, Jugend und Sport weiterlaufen. Eine Fortführung der Workshops ist leider nicht geplant, da die bisherigen individuellen Antragsmöglichkeiten für Einzelpersonen wegfallen. Gerade zum Aufbau eines europäischen Kooperationsnetzwerkes und zum fachlichen Austausch mit Erwachsenen aus anderen Ländern war die Workshopform jedoch gut geeignet, da der Grundstein für intensive Zusammenarbeit gelegt werden konnte. ■



Oberbürgermeister Gert Hager (links) empfing die 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops in Pforzheim

## Infos

### Stadt Pforzheim:

☞ <http://www.pforzheim.de/>

### Internationaler Grundtvig-Workshop 2013 in Pforzheim:

☞ <http://www.pforzheim.de/goldstadt-tourismus/staedtepartnerschaften/grundtvig-workshop/workshop-2013.html>

### EU-Programm Grundtvig:

☞ [http://www.lebenslanges-lernen.eu/grundtvig\\_5.html](http://www.lebenslanges-lernen.eu/grundtvig_5.html)

Deutsch-griechischer kommunaler Wissenstransfer:

# Von Bürgermeister zu Bürgermeister

Im Rahmen des deutsch-griechischen kommunalen Wissenstransfers beraten deutsche Oberbürgermeister, Bürgermeister und andere kommunale Experten ihre griechischen Amtskollegen. Koordiniert wird das Projekt vom Gemeindetag Baden-Württemberg mit Unterstützung des Griechenland-Beauftragten der Bundeskanzlerin, Hans-Joachim Fuchtel.

Ein Beitrag von  
Roger Kehle

Der deutsch-griechische kommunale Wissenstransfer hat zwei Väter: Er entstand im Kontakt zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär und Griechenland-Beauftragten der Bundeskanzlerin, Hans-Joachim Fuchtel, MdB, und dem Präsidenten des Gemeindetages Baden-Württemberg, Roger Kehle. Beide waren seit Beginn der Diskussionen, wie man dem krisengebeutelten Griechenland helfen kann, davon überzeugt, dass strukturelle Verbesserungen auf der kommunalen Ebene ansetzen müssen, da hier die Lebensverhältnisse der griechischen Bevölkerung unmittelbar betroffen sind. Der deutsch-griechische kommunale Wissenstransfer soll deshalb die Gestaltung des staatlichen Lebens von der Basis her unterstützen. Er ist auch eine Begegnung auf Augenhöhe und ein Austausch in beide Richtungen. So wie es diesen Austausch unter deutschen Kommunalverwaltungen seit jeher gibt, soll ein unmittelbarer Wissenstransfer von Kommune zu Kommune, von Bürgermeister zu Bürgermeister, gemeinsam mit den 325 griechischen Gemeinden organisiert werden.

Um dem Angebot einen organisatorischen Rahmen zu geben, wurde am 3. Oktober 2012 am Rande des Empfangs des deutschen Generalkonsuls zum Nationalfeiertag eine Vereinbarung unterzeichnet. Diese Vereinbarung zwischen dem **Gemeindetag Baden-Württemberg**, gleichzeitig handelnd für den Deutschen Städte- und Gemeindebund, dessen Vizepräsident Roger Kehle ist, und den griechischen regionalen Städte-



vereinigungen (PED) Nordgriechenlands, legt die Grundzüge der Zusammenarbeit für eine Pilotphase fest.

## Wissenstransfer willkommen

Die Vereinbarung wurde im Vorfeld von Vertretern des Gemeindetages Baden-Württemberg, unterstützt durch Generalkonsul Wolfgang Hoelscher-Obermaier, mit griechischen Kommunalpolitikern am 7. und 8. September 2012 in Thessaloniki erörtert. Dabei haben die Vorstände der vier PED das deutsche Angebot nachdrücklich begrüßt und betont, dass die griechischen Kommunen zusätzliches Know-how dringend benötigen. Gleichzeitig seien strukturelle Änderungen notwendig: Man habe eine Kommunalverwaltung, aber keine Selbstverwaltung.

Rückhalt für den kommunalen Wissenstransfer kommt auch von staatlicher Ebene

Nach Gesprächen mit Vertretern der Region Attika im April 2013 stellten sich der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel, der Präsident des Landtages von Baden-Württemberg, Guido Wolf, der Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, Roger Kehle, und der damalige Innenminister von Griechenland, Evripidis Stylianidis, den Fragen der Presse (v. links)

## Zum Autor:

**Roger Kehle** ist Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg und Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).



Die nordgriechische Handels- und Hafenstadt Kavala beteiligt sich am deutsch-griechischen kommunalen Wissenstransfer

in Griechenland: Theodoros Karaoglou, Minister für Nordgriechenland, der aus der Kommunalpolitik kommt, hat seine Unterstützung ebenso zugesichert wie der damalige griechische Innenminister Evripidis Stylianidis.

### Großes Interesse in Deutschland

Auf den Aufruf des Gemeindetages Baden-Württemberg zur ehrenamtlichen Mitwirkung am Wissenstransfer erklärten rund 100 Oberbürgermeister, Bürgermeister und andere Kommunalfachleute aus Baden-Württemberg ihre Bereitschaft, in griechischen Städten Projekte beratend zu unterstützen. Weitere Kommunalexperten meldeten sich aus ganz Deutschland, weil sie durch den Deutschen Städte- und Gemeindebund, seine Mitgliedsverbände oder Staatssekretär Fuchtel von der Initiative erfahren haben. Der Einsatz der Experten ist rein ehrenamtlich. Auslandsreisekosten im Zusammenhang mit dem Wissenstransfer werden aber aus dem Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erstattet.

Um das Zustandekommen von konkreten Beratungsprojekten zu beschleunigen, besuchte eine Delegation von Experten des Gemeindetages Baden-Württemberg am 15. und 16. November 2012 die dritte **Deutsch-Griechische Versammlung** in Thessaloniki. Die Delegation wurde dabei von Oberbürgermeister a.D. Rolf Geinert aus Sinsheim-Hoffenheim geleitet, der auch den Wissenstransfer auf deutscher Seite koordiniert. Dabei konnten unmittelbare Kontakte zu griechischen Bürgermeistern und kommunalen Verwaltungschefs hergestellt und so die Basis für eine vertrauensvolle gemein-

same Arbeit gelegt werden. Die angelaufenen Beratungsprojekte beschränken sich inzwischen nicht mehr auf das Pilotgebiet, Kontakte bestehen auch zu Städten in anderen Teilen Griechenlands.

Reges Interesse an dem Projekt zeigen inzwischen auch die Medien. Erste Ergebnisse und Entwicklungen wurden deshalb vom Gemeindetag Baden-Württemberg bei einer Pressekonferenz Ende April 2013 in Stuttgart präsentiert.

### Bürgermeisterbüros in Thessaloniki und Athen

Viele neue Verbindungen zu griechischen Städten entstanden durch die Eröffnung von „Bürgermeisterbüros“ in Athen und Thessaloniki. Sie sind mit den Kontaktstellen der Deutsch-Griechischen Versammlung organisatorisch verknüpft. Das Büro in Athen wurde bei einem Kurzbesuch am 27. April 2013 eröffnet. Der Delegation gehörte auch der baden-württembergische Landtagspräsident Guido Wolf an. Er hob gegenüber seinen griechischen Gesprächspartnern immer wieder die Vorteile der Dezentralität und einer starken kommunalen Selbstverwaltung in seinem Land hervor.

### Breite Themenvielfalt der Beratung

Die thematischen Schwerpunkte, um die es bei dem Wissenstransfer geht, sind so vielfältig wie die Kommunalverwaltung. Sehr häufig werden von griechischen Partnern akute Probleme in der Abfallwirtschaft angesprochen. Der insbesondere seit der Euro-Einführung stark angewachsene Verbrauch importierter Konsumgüter hat zu einer

Abfalllawine geführt, die von den zahlreichen herkömmlichen Mülldeponien nicht aufgenommen werden konnte. Mülltrennung und Abfallverwertung sind ebenso unbekannt, wie moderne Technologien der Abfallwirtschaft. Restmüllverbrennung trifft verbreitet auf Ängste hinsichtlich der Luftverschmutzung, wie sie in Deutschland seit Jahren – nicht zuletzt durch technischen Fortschritt und Bürgerbeteiligung – lange überwunden sind. Rasche Hilfe können die Landräte und Bürgermeister hier durch ein erstes Vorgehenskonzept und die Vermittlung technischer Expertise leisten.

Weitere Beratungsprojekte sind im Bereich der Abwasserbehandlung, der regenerativen Energien und der Entwicklung eines moderneren Tourismus angelaufen. Auch hier werden sich weitere Schwerpunkte abzeichnen. Über die projektbezogene Zusammenarbeit entwickeln sich auch bilaterale Kommunal- und Schulpartnerschaften. So entsteht durch kommunale Vermittlung eine Zusammenarbeit der Musikhochschule Trossingen mit einer ähnlichen Institution auf Korfu. Zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Weinheim bahnen sich Kontakte mit der Insel Kefalonia an. Weitere bilaterale Arbeitskontakte sind in der Anlaufphase.

### Stärkung der griechischen Kommunen

Vielen deutschen Kommunalexpertern, die Erfahrungen in Griechenland sammeln, sind Schwächen in der Verwaltungsstruktur aufgefallen. Sie sehen einen erheblichen organisatorischen und fachlichen Entwicklungsbedarf in der griechischen Kommunalverwaltung. Hier versucht eine griechisch-deutsche Arbeitsgruppe flankierende Unterstützung zu leisten. Sie befasst sich mit einem Systemvergleich der Kommunalverfassungen Griechenlands und Baden-Württembergs. Wissenschaftler beider Länder beteiligen sich beratend an der Arbeitsgruppe, die das Ziel verfolgt, das beiderseitige Grundverständnis zu fördern und Vorschläge für eine Stärkung der griechischen Kommunen vorzulegen. Es ist der Eindruck entstanden, dass viele reformerische Ansätze zwar legislativ beschlossen und verkündet wurden, die Umsetzung in der Verwaltungspraxis aber noch kaum begonnen hat.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg ist dennoch zuversichtlich, dass beide Seiten von dem Wissenstransfer profitieren werden. Die deutschen Bürgermeister



sammeln neue Erfahrungen im Projektmanagement und können ihre interkulturelle Kompetenz ausbauen. Ihre griechischen Kollegen erhalten Fachberatung auf Augenhöhe, um die Herausforderungen vor Ort selbst in Angriff nehmen zu können. Dies ist ein gutes Beispiel, wie sich die kommunale Familie auch grenzüberschreitend füreinander einsetzt. ■

Bei der Eröffnung des Bürgermeisterbüros im April 2013 in Athen waren neben griechischen Bürgermeistern auch der Leiter des Büros der Deutsch-Griechischen Versammlung in Thessaloniki, Christos Lazaridis, Baden-Württembergs Landtagspräsident Guido Wolf, der damalige griechische Innenminister Evripidis Stylianidis, Gemeindetagspräsident Roger Kehle, Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel und Projektkoordinator Rolf Geinert

### Infos

#### Deutsch-Griechische Versammlung:

☞ <http://www.grde.eu/de/>

#### Gemeindetag Baden-Württemberg:

☞ <http://www.gemeindetag-bw.de/>

### Veranstaltung

## Vierte Deutsch-Griechische Versammlung

Die vierte Deutsch-Griechische Versammlung findet am 22. und 23. Oktober 2013 in Nürnberg und damit nach drei Tagungen in Griechenland erstmals in Deutschland statt. Die Deutsch-Griechische Versammlung bildet ein Forum für die Zusammenarbeit von Kommunen, Regionen und Bürgern beider Länder und geht auf eine Vereinbarung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem früheren Ministerpräsidenten Griechenlands, Giorgos Papandreou, zurück.

Unter dem Motto „Stadt der Zukunft“ sollen bei der vierten Deutsch-Griechischen Versammlung sowohl Workshops zu kommunalpolitisch relevanten Themen als auch praxisbezogene Exkursionen im Mittelpunkt stehen. Als Tagungsort wurde das Nürnberger Messezentrum ausgewählt – vor allem im Hinblick auf die Fachmesse „Kommunale“, die am 23. und 24. Oktober 2013 ebenfalls in Nürnberg stattfindet und ebenso für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider gedacht ist.

#### Vierte Deutsch-Griechische Versammlung:

☞ <http://www.grde.eu/de/>

#### Stadt Nürnberg:

☞ <http://www.international.nuernberg.de/>

Europäischer Gerichtshof zur Vergabe von Baugrundstücken:

# Einheimischenmodelle grundsätzlich rechtmäßig

**Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil vom 8. Mai 2013 Einheimischenmodelle, mit denen insbesondere sozial schwache und einheimische Bürgerinnen und Bürger preiswertes Bauland erhalten können, für rechtmäßig erklärt. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Modelle auf angemessenen Kriterien beruhen.**

Ein Beitrag von  
Norbert Portz

In einigen Teilen Deutschlands wie etwa in Urlaubsgebieten Bayerns wird das Einheimischenmodell von Städten und Gemeinden speziell im Umland von Hochpreisregionen wie München dazu genutzt, ortsansässigen Bürgerinnen und Bürgern vergünstigte Konditionen beim Erwerb von Bauland zu gewähren. Dieses kommunale Erfolgsmodell ist vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) bereits am 11. Februar 1993 als zulässig anerkannt worden (Az.: 4 C 18.91). Das BVerwG hat es als legitim angesehen, dass sich eine Gemeinde zum Ziel setzen kann, die Verdrängung von Ortsansässigen durch finanzkräftige auswärtige Grundstückserwerber zu verhindern, solange ihre Politik nicht darauf angelegt ist, Nichteinheimische von einer Integration in die Gemeinde auszuschließen oder sogar vom Gemeindegebiet fernzuhalten. Entsprechend sind Einheimischenmodelle auch nach dem Städtebaurecht des Bundes gestattet. So lässt Paragraph 11 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Baugesetzbuch (BauGB) städtebauliche Verträge zur Deckung „des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung“ ausdrücklich zu.

Bei Einheimischenmodellen kauft eine Kommune in der Regel ein (Teil-)Grundstück von einem privaten Eigentümer und veräußert dieses mit dem Ziel der Bebauung wieder unter dem Marktwert an Einheimische. Ziel ist es, insbesondere jungen Familien mit geringerem Einkommen die Möglichkeit zu geben, in ihrem Heimatort zu bleiben. Vor diesem Hintergrund kann es ein raumordnungspolitisches und auch gesellschaftliches Ziel sein, den Hausbau wenig betuchter



In manchen Gegenden Deutschlands bieten Einheimischenmodelle ortsansässigen Bürgerinnen und Bürgern fast die einzige Möglichkeit, um sich den Traum vom eigenen Haus zu erfüllen

Einheimischer zu fördern. Dies entspricht auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 25. Januar 2007 (Az.: C-370/05).

Viele Ortsansässige können sich insbesondere wegen des verstärkten Zuzugs finanzstarker „Großstädter“ in die ländlichen Nachbarregionen den nur beschränkt zur Verfügung stehenden Baugrund nicht leisten. Um junge „Häuslebauer“ und speziell junge Familien am Ort zu halten, setzen daher vor allem ländliche Städte und Gemeinden das Einheimischenmodell in verschiedenen Varianten ein. Sie verbinden damit das Ziel, die Ortsverbundenheit für diese Bevölkerungsgruppe durch die Gewährleistung günstiger „Baukonditionen“ zu stärken.

## EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Auch die Gemeinde Selfkant beziehungsweise die von ihr gegründete Entwicklungsgesellschaft Selfkant mbH (EGS) hatte

### Zum Autor:

**Norbert Portz** ist Beigeordneter für Gemeinde- und Stadtentwicklung, Wohnungswesen, Raumordnung, Vergaberecht, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).



**Der Erwerb von Baugrundstücken für das eigene Haus ist für viele einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger in ländlichen touristischen Regionen häufig schwierig, weil finanzstarke Zuzügler die Preise hochtreiben**

unterschiedliche Bedingungen für Verkäufe von gemeindeeigenen Grundstücken an Ortsansässige und Nichtortsansässige festgelegt. Im Jahr 2006 zahlten Ortsansässige etwa 100 Euro pro Quadratmeter Land, während von Nichtortsansässigen 146 Euro verlangt wurden. Dies hielt die Europäische Kommission für rechtswidrig. Mitte 2007 leitete sie ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland ein. Die Bundesregierung wies die Beanstandung der Kommission, wonach diese in dem Einheimischenmodell eine EU-rechtlich verbotene Diskriminierung und damit einen Verstoß gegen den EG-Vertrag sah, zurück.

Nachdem der damalige EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy daraufhin das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ruhen ließ, hat die Kommission im Juni 2010 das Verfahren wieder aufleben lassen. Während ursprünglich nur das Einheimischenmodell der Gemeinde Selkant kritisiert wurde, sind in der Folge auch vier oberbayerische Kommunen in das Visier der Kommission geraten. Betroffen sind die Gemeinden Bernried und Seeshaupt am Starnberger See, die Stadt Vohburg an der Donau sowie die Stadt Weilheim in Oberbayern.

### **Auffassung der Europäischen Kommission**

Die Europäische Kommission hält die praktizierten Einheimischenmodelle wegen einer Diskriminierung von EU-Staatsangehörigen für europarechtswidrig. Ihrer Ansicht nach liegt ein Verstoß gegen die im EU-Vertrag garantierte Niederlassungsfreiheit und den allgemeinen Grundsatz der Nichtdiskriminierung vor. Die Regelungen würden den Kauf eines Eigenheims durch nicht vor Ort ansässige EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in die jeweilige Gemeinde ziehen möchten, teurer machen. Dies stelle eine Beschränkung ihres Aufenthaltsrechts in Deutschland dar. Betrof-

fen seien Arbeitnehmer, Selbstständige und Nichterwerbstätige, die sich in der betreffenden Ortschaft niederlassen möchten.

Diese von den betreffenden Gemeinden praktizierte Diskriminierung sei europarechtlich nicht gerechtfertigt. Eine von den Einheimischenmodellen ausgehende Beschränkung der EU-Grundfreiheiten könne allenfalls durch ein im Allgemeininteresse liegendes Ziel gerechtfertigt werden und müsse zudem verhältnismäßig sein. Hiervon kann nach Auffassung der Europäischen Kommission aber nicht ausgegangen werden. In einer mit Gründen versehenen Stellungnahme wird Deutschland daher aufgefordert, den Grundsatz der „Nichtdiskriminierung und der Freizügigkeit der Unionsbürger am Immobilienmarkt sicherzustellen“ und die dazu notwendigen Maßnahmen zu treffen.

### **Kritik des Deutschen Städte- und Gemeindebundes**

Die Auffassung der Europäischen Kommission könnte die Identität und die gewachsenen Sozial- und Bevölkerungsstrukturen gerade ländlicher Gemeinden im Umkreis von Hochpreisregionen beeinträchtigen. Eine intakte, sozial sowie demografisch ausgewogene Bevölkerungsstruktur ist Voraussetzung für den Zusammenhalt und die soziale Integration vor Ort. Auf Freiwilligkeit basierende örtliche Sozialstrukturen, wie insbesondere die gegenseitige Hilfe unter Familienangehörigen oder Nachbarn, aber auch das Engagement in Vereinen oder der Feuerwehr, sind gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels mehr denn je von Bedeutung. In Ausgestaltung ihrer Selbstverwaltung müssen Städte und Gemeinden daher für ihren örtlichen und sozialen Zusammenhalt Sorge tragen. Hierzu gehört es aus kommunaler Sicht auch, das Zusammenleben der örtlich gewachsenen Gemeinschaft als sozial stabilisierender Anker zu schützen und zu stärken.



Der Vorwurf, Einheimischenmodelle würden zu einer Diskriminierung anderer Personen führen, ist jedenfalls kaum haltbar. Vielmehr zeigen Beispiele, etwa in Bernried oder Weilheim, dass auch EU-Bürgerinnen und -Bürger in den Genuss der Förderung kommen können. Voraussetzung für die Förderung ist dort, dass der Käufer seit einigen Jahren in der Kommune wohnt oder arbeitet. Weitere soziale Kriterien, die Einfluss auf die Förderung haben, sind etwa die Anzahl der Kinder, Behinderungen, aber auch das Nichtüberschreiten bestimmter Einkommensgrenzen.

Diese Kriterien kann jeder EU-Bürger ebenso wie ein auswärtiger deutscher Erwerber erfüllen. Da Deutsche und andere EU-Staatsbürger gleich behandelt werden, dürfte eine Diskriminierung von EU-Bürgern nicht gegeben sein. Zu bedenken ist auch, dass regelmäßig etwa 90 Prozent der Grundstücke in einem Ort weiterhin frei handelbar sind. Hinzu kommt, dass der EU-Vertrag von Lissabon die kommunale Selbstverwaltung, das Subsidiaritätsprinzip und die Allgemeinwohlinteressen gestärkt und das Wettbewerbsprinzip relativiert hat.

## Die Regelung in Belgien und das EuGH-Urteil

Auch wenn das Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik noch nicht abgeschlossen ist, hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 8. Mai 2013 ein **Urteil über das Einheimischenmodell** gefasst, allerdings bezüglich einer Regelung in Belgien. Im Fokus steht die Flämische Region Halle-Vilvoorde in der Nähe von Brüssel. Das von der Europäischen Kommission kritisierte flämische Dekret versucht in Gemeinden, in denen der Preis für Baugrundstücke besonders hoch ist, den Kauf und die Miete von Immobilien unter anderem davon abhängig zu machen, dass zwischen den neuen Bewohnern und der Gemeinde eine „ausreichende Bindung“ besteht. Die Kommission sieht ebenso wie der Generalanwalt Jan Mazák in seinen Schlussanträgen in diesen Bedingungen eine Beschränkung der Grundfreiheiten.

In seiner Entscheidung vom 8. Mai 2013 (Rs: C-197/11 und C-203/11) hat der EuGH auf der Grundlage eines Vorabentscheidungsersuchens nach Artikel 267 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), das vom Verfassungsgerichtshof Belgien eingereicht worden ist, die belgische Regelung für nicht EU-konform erklärt.



Im bayerischen Bernried ist das Einheimischenmodell so angelegt, dass auch EU-Bürgerinnen und -Bürger in den Genuss der Förderung kommen können

Dabei sieht der EuGH Einheimischenmodelle jedoch nicht für generell EU-rechtswidrig an. Nach Meinung des Gerichtes können nämlich bestimmte Kriterien, wie der Wert von Grundstücken und der Schutz der einkommensschwachen örtlichen Bevölkerung, einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses darstellen. Damit wird durch die Entscheidung durchaus eine deutliche Signalwirkung dahingehend erzielt, dass Einheimischenmodelle bei Gewährleistung entsprechender Voraussetzungen grundsätzlich im Einklang mit dem EU-Recht stehen. Damit sind sie grundsätzlich auch mit der Stadtentwicklungspolitik der Kommunen in Deutschland vereinbar.

## Die Entscheidung im Einzelnen

Das Dekret der Flämischen Region vom 27. März 2009 über die Grundstücks politik für die Übertragung von Liegenschaften für mehr als neun Jahre in den flämischen Gemeinden knüpft an die Bedingung an, dass eine nach dem Dafürhalten einer Bewertungskommission „ausreichende Bindung“ des Kauf- oder Mietwilligen zu der betreffenden Gemeinde besteht. Das Dekret verpflichtet außerdem Parzellierer und Bauherren zur Verwirklichung eines Angebots an Sozialwohnungen und sieht gleichzeitig Steueranreize und Subventionsmechanismen vor.

Zum Kriterium der „ausreichenden Bindung“ zur Zielgemeinde sieht das flämische Grundstücks- und Immobiliendekret drei alternative Kriterien zur Erfüllung dieser Bedingung vor. So muss die Person, der die Liegenschaft übertragen werden soll, vor der Übertragung mindestens sechs Jahre lang ohne Unterbrechung in der Zielgemeinde oder in einer angrenzenden Gemeinde wohnhaft gewesen sein. Alternativ muss der Kauf- oder Mietwillige zum Zeitpunkt der Übertragung Tätigkeiten in der betreffenden

Gemeinde verrichten, die mindestens eine halbe Arbeitswoche in Anspruch nehmen. Oder drittens muss er eine gesellschaftliche, familiäre, soziale oder wirtschaftliche Bindung aufgrund eines wichtigen und dauerhaften Umstands zu dieser Gemeinde haben. Die Beurteilung, ob der potenzielle Käufer oder Mieter der Liegenschaft eines oder mehrere dieser Kriterien erfüllt, kommt jeweils der provincialen Bewertungskommission zu.

### **EuGH zur Beschränkung der Grundfreiheiten**

Nach Auffassung des EuGH läuft das Genehmigungsverfahren nach dem flämischen Dekret in Wirklichkeit darauf hinaus, dass es bestimmten Personen verboten ist, Grundstücke und darauf errichtete Bauten für länger als neun Jahre zu kaufen oder zu mieten. Der EuGH sieht in den Bestimmungen daher Beschränkungen der Grundfreiheiten, die einer Rechtfertigung bedürfen, in diesem Fall aber auch zulässig sein können. Insofern betont das Gericht, dass nationale Maßnahmen, die geeignet sind, die Ausübung der durch den AEU-Vertrag garantierten Grundfreiheiten zu behindern oder weniger attraktiv zu machen, zugelassen werden, wenn „mit ihnen ein im Allgemeininteresse liegendes Ziel verfolgt wird, wenn sie geeignet sind, dessen Erreichung zu gewährleisten und wenn sie nicht über das hinausgehen, was zur Erreichung des verfolgten Ziels erforderlich ist“.

Die flämische Regierung sieht die Voraussetzung der „ausreichenden Bindung“ durch das Ziel gerechtfertigt, den Immobilienbedarf der am wenigsten begüterten einheimischen Bevölkerung in den Zielgemeinden zu befriedigen. Dies gelte insbesondere für sozial schwache Personen und junge Haushalte sowie alleinstehende Personen, die nicht in der Lage sind, ausreichendes Kapital für den Kauf oder die Miete einer Liegenschaft in den Zielgemeinden aufzubauen. Dieser Teil der örtlichen Bevölkerung sei wegen des Zuzugs von Personen aus anderen Gemeinden mit größerem finanziellem Wohlstand, die den hohen Preis der Grundstücke und Bauten in den Zielgemeinden stemmen könnten, vom Immobilienmarkt ausgeschlossen. Dem solle durch „ein ausreichendes Wohnungsangebot für einkommensschwache Personen oder andere benachteiligte Gruppen der örtlichen Bevölkerung“ entgegengewirkt werden.

Der EuGH erkennt in seinem Urteil an, dass „solche Erfordernisse“, die auch den „deutschen Einheimischenmodellen“ zugrunde

liegen, einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses darstellen können, die zur Rechtfertigung der hier gegebenen Beschränkungen geeignet sind. Er weist aber gleichzeitig darauf hin, dass keines der in dem Dekret der flämischen Region enthaltenen drei Kriterien in unmittelbarem Zusammenhang mit den sozioökonomischen Aspekten stehe, die dem Ziel entsprechen, ausschließlich die am wenigsten begüterte einheimische Bevölkerung auf dem Immobilienmarkt zu schützen.

Solche Kriterien könnten nach dem Dekret nicht nur von der am wenigsten begüterten Bevölkerung erfüllt werden, sondern auch von anderen Personen, die über ausreichende Mittel verfügen und folglich keinen besonderen Bedarf an sozialem Schutz auf dem Immobilienmarkt haben. Daher gehen die betreffenden Maßnahmen und Vorgaben über das hinaus, was zur Erreichung des angestrebten Ziels erforderlich ist. Außerdem sind nach dem EuGH andere Maßnahmen wie ein System speziell zugunsten der am wenigsten begüterten Personen konzipierter Kaufprämien oder sonstiger Beihilfen vorstellbar, um das geltend gemachte Ziel zu erreichen. Daher gehen die bestehenden Maßnahmen nach dem EuGH im konkreten Fall über das hinaus, was zur Erreichung des angestrebten Ziels erforderlich ist.

Hinsichtlich des Kriteriums einer erforderlichen gesellschaftlichen, familiären, sozialen oder wirtschaftlichen Bindung zu der Gemeinde weist der EuGH ergänzend darauf hin, dass eine Einschränkung der Grundfreiheiten nicht durch eine Ermessensausübung einer provincialen Bewertungskommission gerechtfertigt sein kann. Erforderlich seien vielmehr objektive und den nationalen Behör-



**Einheimischenmodelle dienen der Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung und damit dem sozialen Zusammenhörigkeitsgefühl und der Bewahrung ortsspezifischer Kultur, Tradition und Bräuche**

den hinreichend Grenzen setzende Kriterien. Eine Unterwerfung der Überprüfung des Bestehens einer „ausreichenden Bindung“ des potenziellen Erwerbers oder Mieters zu den betreffenden Gemeinden durch eine provinzielle Bewertungskommission verstößt daher gegen die Artikel 21, 45, 49, 56 und 63 AEUV und damit insbesondere gegen das Diskriminierungsverbot.

### Beschränkung des freien Kapitalverkehrs durch soziale Auflage

Der EuGH ist zudem der Ansicht, dass Wirtschaftsteilnehmer wie Parzellierer und Bauherren, denen zusammen mit einer Bau- oder Parzellierungsgenehmigung eine „soziale Auflage“ erteilt werde, die erworbenen Grundstücke nicht frei nutzen könnten. Diese Maßnahme könne somit die Einwohner eines Mitgliedstaats von Investitionen in Immobilien in anderen Mitgliedstaaten abhalten und stelle folglich eine Beschränkung des freien Kapitalverkehrs dar. Der EuGH weist allerdings ebenso darauf hin, dass eine solche Beschränkung, soweit sie ein ausreichendes Wohnangebot für einkommensschwache Personen oder andere benachteiligte Gruppen der örtlichen Bevölkerung sicherstellen soll, durch Erfordernisse im Zusammenhang mit der Sozialwohnungspolitik eines Mitgliedstaats als zwingender Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt sein kann. Die Beurteilung, ob eine solche Verpflichtung dem Kriterium der Verhältnismäßigkeit genüge, also ob sie für die Erreichung des verfolgten Ziels erforderlich und angemessen ist, komme dabei dem vorliegenden nationalen Gericht zu.

### Konsequenz für Einheimischenmodelle

Mit seiner Entscheidung hat der EuGH grundsätzlich die Zulässigkeit von Einheimischenmodellen anerkannt. Dabei bedarf es im Einzelfall stets sachgerechter und zwingender Gründe des Allgemeininteresses, um den EU-rechtlichen Vorgaben auch rechtlich Genüge zu tun. Insofern führt der EuGH ausdrücklich aus, dass Erfordernisse im Zusammenhang mit der Sozialwohnungspolitik eines Mitgliedsstaats zwingende Gründe des Allgemeininteresses darstellen können und damit auch Beschränkungen der Grundfreiheiten rechtfertigen. Hierzu gehört vor allem, dass eine Kommune vorrangig den Immobilienbedarf der am wenigsten begüterten und einheimischen (örtlichen) Bevöl-



Städte und Gemeinden sollten bei ihren Einheimischenmodellen bereits bei der Planung soziale und an Einkommensgrenzen orientierte Kriterien festlegen

kerung befriedigen will. Die drei konkret dem belgischen Fall zugrunde liegenden Kriterien halten diesen Vorgaben nicht stand.

Dagegen weisen die Regeln der „deutschen Einheimischenmodelle“ regelmäßig sehr viel stärkere soziale, an Einkommensgrenzen orientierte und insbesondere auch objektiv nachprüfbar Kriterien auf. So verlangen deutsche Kommunen als Bedingung für die Ausweisung neuer Baugebiete, dass eine bestimmte Anzahl der neuen Bauplätze zu ermäßigten Konditionen an Erwerber veräußert wird, die die von den Gemeinderäten vorab konkret festgelegten Kriterien erfüllen. Zu diesen gehören neben der Dauer des Aufenthalts in einer Gemeinde zumeist auch die Zahl der Kinder und die Höhe des Einkommens. Gerade mit letzterer Maßgabe wird tatsächlich die ärmere und einheimische Bevölkerung geschützt.

### Fazit

Nach der Entscheidung des EuGH sollten Städte und Gemeinden in Deutschland verstärkt bei ihren Einheimischenmodellen auf städtebauliche sowie soziale und an Einkommensgrenzen orientierte Kriterien abstellen und mit diesen Kriterien die Gewährleistung eines ausreichenden Wohnangebots für einkommensschwache Personen oder andere benachteiligte Gruppen der örtlichen Bevölkerung sicherstellen. Denn insoweit hat der EuGH anerkannt, dass diese „sozialen Kriterien“ Erfordernisse sind, die zwingende Gründe des Allgemeininteresses darstellen und damit auch eine Beschränkung der EU-Grundfreiheiten rechtfertigen. ■

### Infos

Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 8. Mai 2013:

☞ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62011CJ0197:DE:HTML>

## Informationskampagne für die Europawahl 2014:

# Bürgerinnen und Bürger zum Wählen motivieren

Das Europäische Parlament hat seine Informationskampagne zur Europawahl 2014 gestartet. Die Kampagne steht unter dem Motto „Handeln. Mitmachen. Bewegen“ und soll über die Tätigkeit und Rolle des Europäischen Parlamentes informieren und die EU-Bürgerinnen und -Bürger motivieren, an den Wahlen im Mai 2014 teilzunehmen.

Ein Beitrag von  
Barbara Baltsch

Gut 400 Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind aufgerufen, im Mai 2014 das nächste **Europäische Parlament** zu wählen. Bei der letzten Europawahl 2009 fiel die Wahlbeteiligung höchst unterschiedlich aus und reichte von 19 Prozent in Slowenien bis 91 Prozent in Luxemburg. Im EU-Schnitt wählten gerade einmal 43 Prozent. Bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 waren es noch durchschnittlich 63 Prozent.

Mit einer groß angelegten Informations- und Sensibilisierungskampagne will das Europäische Parlament diesen Abwärtstrend stoppen und der zunehmenden Politikverdrossenheit in der Bevölkerung entgegenwirken. Das Motto und Logo der Kampagne „Handeln. Mitmachen. Bewegen“ soll dabei unterstreichen, dass die Wählerinnen und Wähler durch die Europawahl selbst entscheiden, in welche Richtung sich Europa weiterentwickelt.

Die Kampagne, die am 10. September 2013 im Europäischen Parlament in Straßburg gestartet ist, besteht aus vier Phasen und geht über die Wahl im Mai 2014 hinaus und endet erst, nachdem die neuformierte Volksvertretung den nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt hat. In der ersten Phase werden die Kompetenzen des Europäischen Parlaments und deren Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union vorgestellt.

Die zweite Phase von Oktober 2013 bis Februar 2014 ist thematisch ausgerichtet, wobei die fünf zentralen Themen Wirtschaft, Arbeitsplätze, Lebensqualität, Geld und die Rolle der EU in der Welt im Mittelpunkt ste-



Das Europäische Parlament in Straßburg wirbt bereits mit dem Motto „Handeln. Mitmachen. Bewegen“ für die Europawahl im Mai 2014

hen. Vorgestellt und diskutiert werden diese inhaltlichen Schwerpunkte in einer Reihe interaktiver Veranstaltungen in europäischen Städten, darunter auch in Frankfurt am Main.

Die dritte Phase und damit die eigentliche Wahlkampagne beginnt im Februar 2014. Im Mittelpunkt stehen dabei die Wahltermine: Während die Europawahl in Deutschland am Sonntag, 25. Mai 2014 stattfindet, gehen die Wählerinnen und Wähler in anderen EU-Staaten schon vorher an die Wahlurnen, so etwa in Großbritannien, wo traditionell an einem Donnerstag und damit am 22. Mai 2014 gewählt wird. Die Ergebnisse aller Wahlen zum Europäischen Parlament bleiben jedoch so lange unter Verschluss, bis das letzte Wahllokal geschlossen hat.

Nach den Europawahlen beginnt schließlich die vierte und letzte Phase der Kampagne. Im Fokus stehen dann die Vorstellung des neugewählten Europäischen Parlamentes, die Wahl des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission und seiner Kommissare. Erstmals wird dabei die Fraktion, die bei der Europawahl die meisten Stimmen erhalten hat, den Kandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten stellen. ■

### Infos

**Europäisches Parlament:**  
<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

### Zur Autorin:

**Barbara Baltsch** ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

EU-Projekt zur Aufwertung der Neckar-Uferbereiche:

# Bund und Kommunen an einem Fluss

**Der Bund will in die nachhaltige Instandsetzung des Neckars investieren. Gleichzeitig wollen die Anrainerkommunen die lange vernachlässigten Uferzonen des Flusses ausbauen, um Ökologie, Naherholungsqualität und Attraktivität der Flussregion zu verbessern. Wie ökologische Planungen und Investitionen zwischen Bund und Kommunen aufeinander abgestimmt und koordiniert werden können, wird derzeit im Rahmen des EU-Projektes „My Favourite River“ am Beispiel der Aufwertung der Neckar-Uferbereiche in Ludwigsburg und Remseck am Neckar aufgezeigt.**

Ein Beitrag von  
Walter Braun

Um es gleich vorweg zu nehmen: Kooperation, vor allem wenn es um Geld geht, kann man nicht verordnen. Sie ist vielmehr das Ergebnis von gewachsenem Vertrauen, Erkenntnis der Sinnhaftigkeit und vor allen Dingen persönlichem Engagement. Viele innovative Initiativen sind auf die Energie und Überzeugungskraft einiger weniger Menschen zurückzuführen, die den Stein ins Rollen bringen. So ist es auch bei der Idee des [Wasser- und Schiffsamtes Stuttgart](#), bei der nachhaltigen Instandsetzung des Neckars mit den Städten Ludwigsburg und Remseck am Neckar gemeinsame Sache zu machen.

Bereits 1999 erstellte die [Stadt Ludwigsburg](#) erste Pläne für eine naturnahe Auenlandschaft in den Zugwiesen. Doch die Vorarbeiten zogen sich. Zwischenzeitlich zeigten die Betonplatten des linksufrigen Neckardammes aus den 1950er-Jahren Verschleißerscheinungen. Der Damm an den Zugwiesen war auf rund 800 Metern Länge auf Dauer nicht mehr funktionstüchtig. Das Wasser- und Schiffsamt musste etwas unternehmen. Warum also nicht die Sanierung des Uferdammes und die Anlage von Seen und Laichgewässern in einer Baumaßnahme zusammenfassen?

Auch in [Remseck am Neckar](#) gab es ähnliche Überlegungen zu einer „neuen“ Stadtmitte, in die der Zusammenfluss von Neckar und Rems städtebaulich integriert werden sollte. Eine Koordinierung mit den



Die Zugwiesen bei Ludwigsburg gehören zu den größten Projekten am Neckar

Instandhaltungsmaßnahmen des Bundes und dem Wasser- und Schiffsamt Stuttgart als Teil des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) erschien sinnvoll.

Was sind also die genauen Triebfedern der teilnehmenden Akteure? Flüsse, die wie der Neckar durch wirtschaftlich starke Regionen führen, sind vielbefahrene Wasserstraßen. Die Verlagerung des Schwerlastverkehrs von der Straße auf das Wasser ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Die Bundesrepublik Deutschland als Besitzerin der Wasserstraßen ist daher daran interessiert, die Flüsse zu optimieren – unter Berücksichtigung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die die ökologische Weiterentwicklung von Bundeswasserstraßen vorschreibt. Auch die Kommunen am Neckar planen und investieren in die lange vernach-

## Zum Autor:

Walter Braun ist Leiter des Wasser- und Schiffsamtes Stuttgart und Koordinator des EU-Projektes „My Favourite River“.

lässigten Uferzonen. Sie wollen sowohl die Ökologie als auch die Naherholungsqualität für die Bevölkerung verbessern. Die Bürger sollen sich wieder mit ihrem Fluss identifizieren können.

## Unterstützung durch die Europäische Union

Ein Antrag bei der Europäischen Union im [Förderprogramm LIFE+](#), das in seinem Unterprogramm „Politik und Verwaltungspraxis“ Governance-Ansätze unterstützt, die eine innovative Lösung auf ein europaweit existierendes Umweltproblem darstellen, war erfolgreich. Was dem Antragsteam zunächst nicht bewusst war: Hinter der Förderzusage der EU stand die Erkenntnis, dass das koordinierte Zusammenspiel kommunaler Investitionen mit notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen für die „Wasserstraße Neckar“ durch den Bund ein echter europäischer Modellfall mit einer großen Umweltwirkung ist. Mit dem Förderprojekt möchte die EU die europaweite Übertragbarkeit dieses Ansatzes unterstützen.

Die Europäische Union als Fördergeldgeber wünschte sich zunächst lediglich die konzeptionelle Vorarbeit und weniger die Umsetzung. Sie konnte jedoch im Verhandlungsverfahren überzeugt werden, dass Kooperation nicht simuliert werden kann. In der Praxis erweisen sich die unterschiedlichen Zuständigkeiten verschiedener Verwaltungsebenen nämlich als Problem. Für die Wasserstraße Neckar ist der Bund mit eigener Planungshoheit zuständig, die Uferzonen fallen in den Kompetenzbereich der Kommunen. Beide Behörden haben unterschiedliche Aufgaben und manchmal auch gegensätzliche Interessen. Die Grenze verläuft häufig mehr oder weniger exakt entlang der Uferlinie. Wer plant? Wer vergibt die Aufträge? Wer überwacht den Bau? Wo liegen die Synergien? Wie viel Geld kann eingespart werden und wie viel Zeit? Alles dies sind spannende Fragen, die neue Lösungswege erfordern. Diese kann man nicht vorwegnehmen, da nicht einmal alle Fußangeln und Hürden vorhersehbar sind. Wer in Erfahrung bringen will, welche Vorteile und Synergien gemeinsame Investitionsprojekte bringen, muss Bauvorhaben exemplarisch entwickeln und umsetzen. Nur so können zuverlässige Aussagen zu Geld- und Zeitersparnis gemacht werden.

Als Name des Projektes wurde [„My Favourite River“](#) – mein Lieblingsfluss – gewählt, damit bei aller nüchternen Investitionsplanung und Vertragsgestaltung der



Die Arbeiten an den Uferzonen des Neckars bei Ludwigsburg schreiten zügig voran

Vorteil für den Bürger nicht aus dem Blick gerät, Beispiele für schönere, ökologisch wertvollere und zugängliche Uferbereiche zu kreieren. Die Menschen sollen „ihren“ Fluss wieder als Naherholungsziel und intakten Naturraum erleben können. Ein ordentlicher Teil der Projektmittel fließt deshalb auch in die lokale Öffentlichkeitsarbeit: Flussnahe und informative Veranstaltungen lockten bereits erfolgreich Bürger und Prominenz an den Neckar.

Um die Übertragbarkeit EU-weit zu garantieren, wurde ein internationaler „Runder Tisch“ als Experten-Plattform eingerichtet. Behördenvertreter mit ähnlichen Aufgaben können sich dort über die Fortschritte informieren und eigene Anregungen und Frage-

## Projektmethodik

### Koordinieren und Synchronisieren

Einige der zu lösenden Probleme:

- Es gibt unterschiedliche rechtliche Grundlagen: Für das Wasser- und Schifffahrtsamt Stuttgart und die Bundeswasserstraße Neckar gilt das Bundeswasserstraßenrecht; für die Kommunen Ludwigsburg und Remseck das Baurecht des Landes Baden-Württemberg.
- Es fehlen geeignete Strukturen für die gemeinsame Vergabe von Aufträgen.
- Es fehlen Strukturen für das Management von Drittleistern.

Im Rahmen von „My Favourite River“ wird parallel zur konkreten Umsetzung Schritt für Schritt ein methodisches Instrumentarium entwickelt und aufbereitet. Einige Beispiele:

- Für die erforderlichen gemeinsamen Auftragsvergaben wird das Konstrukt der GbR aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch verwendet und derzeit erprobt.
- Die Gliederung des Methodendokuments wurde abgeschlossen.
- Die Beteiligten definieren einen übertragbaren „Gemeinsamen Fahrplan“ für Projekte, das die Phasen Bedarfsdefinition, Planung, Genehmigungsphase, Vergabe, Durchführung und Betrieb abdeckt.
- Es wird ein regelmäßiger Projektstab empfohlen: Die Koordinierung und Synchronisierung zwischen den Verwaltungsebenen erfolgte im Rahmen von regelmäßigen Koordinationstreffen sowie Abstimmungen per Telefon und E-Mail.

stellungen einbringen. Das erste Treffen fand Ende 2011 mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus sieben Ländern statt.

Erster Erfolg: Das Projekt „My Favourite River“ wird schon jetzt europaweit als ein Modell für gelungene Mehrebenenverwaltung (Multilevel-Governance) gewertet, sodass eine Zusammenarbeit mit kommunalen Verbänden angestoßen werden konnte.

## Die Demonstrationsprojekte

In Ludwigsburg wird anhand zweier Projekte gezeigt, wie Stadt und Bund Hand in Hand arbeiten können, so dass beide Seiten davon profitieren. Der **Verband Region Stuttgart** beteiligt sich finanziell, da die Maßnahmen Teil des „Landschaftsparks Neckar“ sind. Zum einen wird auf fast einem Kilometer Länge die Uferbefestigung aufgebrochen. Hier verschmilzt der Neckar mit einer 17 Hektar großen Auenlandschaft – und damit das Projekt der Stadt Ludwigsburg mit dem der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Zum anderen wird derzeit eine Machbarkeitsstudie für die naturnahe Umgestaltung des Neckarufers mit verschiedenen Varianten erstellt. Hier arbeiten die Partner von Anfang an zusammen.

Remseck am Neckar liegt landschaftlich reizvoll an den beiden Flüssen Neckar und Rems. Doch die Ufer sind nur an wenigen Stellen frei zugänglich. Bäume und Sträucher versperren den Weg und behindern den Blick über Fluss und Landschaft. Die Bürger identifizieren sich deshalb auch kaum mit dem Neckar und der kleineren Rems. Das soll sich ändern. Remseck am Neckar, das aus sechs Ortschaften besteht, die 1975 fusionierten, will ein urbanes Zentrum mit städtischer Atmosphäre schaffen, das die Ortsteile verbindet. Im Mittelpunkt: die einzigartige Lage am Mündungsbereich der Rems in den Neckar und die Positionierung der Stadt als „Remseck am Fluss“. Zwischen den Stadtteilen Neckarrems und Hochberg wird das komplette rechte Ufer des Neckars neu gestaltet. Da die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung den Uferbereich in den nächsten Jahren ohnehin bautechnisch sanieren müsste, wollen Stadt und Bund gemeinsam planen und bauen.

## Finanzielle und zeitliche Effizienzgewinne

In der bisherigen Anwendung der Methode haben sich bereits erhebliche Effizienzgewinne gezeigt: In der gemeinsamen Pla-

nungsarbeit von Bund und den Kommunen Ludwigsburg und Remseck am Neckar wurde bisher ein Zeitgewinn von 30 Prozent sowie eine Kostenersparnis von 24 Prozent bei den Planungshonoraren gegenüber vergleichbaren Projekten erzielt. Wenn beide Planungsträger getrennt vergeben hätten, hätten die Planungsbüros jedes Objekt getrennt kalkuliert und für die erforderliche Koordination Honorarzuschläge als „besondere Leistung“ verlangt.

## Das Förderprogramm LIFE+

LIFE+ steht für „L'Instrument Financier pour l'Environnement: Promouvoir L'Union Soutenable“ und heißt so viel wie „Das Finanzinstrument für die Umwelt: eine nachhaltige Union fördern“. Es ist das einzige EU-Förderprogramm, das ausschließlich Umwelt- und Naturschutzvorhaben finanziell unterstützt.

Allgemeines Ziel des Programms ist es, einen Beitrag zur Umsetzung, Aktualisierung und Weiterentwicklung der Umweltpolitik und der Umweltvorschriften sowie zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Europäischen Union zu leisten. Das Gesamtbudget beträgt für den Zeitraum 2007 bis 2013 insgesamt 2,143 Milliarden Euro. 78 Prozent des Budgets stehen für die Förderung von Projekten in den Mitgliedstaaten zur Verfügung, mindestens die Hälfte des Projektvolumens soll dem Naturschutz gewidmet werden. Die übrigen 22 Prozent sind für andere Ausgaben der Generaldirektion Umwelt, einschließlich Studien, Funktionszuschüsse und ähnliches, vorgesehen. ■

## Infos

### EU-Projekt „My Favourite River“:

☞ <http://www.my-favourite-river.de/>

### Wasser- und Schifffahrtsamt Stuttgart:

☞ <http://www.wsa-s.wsv.de/>

### Stadt Ludwigsburg:

☞ <http://www.ludwigsburg.de/>

### Stadt Remseck am Neckar:

☞ <http://www.stadt-remseck.de/>

### Der Verband Region Stuttgart:

☞ <http://www.region-stuttgart.org/>

### EU-Programm LIFE+:

☞ <http://ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm>



Das rechte Ufer des Neckars zwischen den Remsecker Stadtteilen Neckarrems und Hochberg wird neu gestaltet

## Kontakt

### Projektleitung

#### „My favourite River“

Wasser- und Schifffahrtsamt  
Stuttgart  
Walter Braun  
Birkenwaldstraße 38  
70191 Stuttgart

# Europäische Wettbewerbe

## „Grüne Hauptstadt Europas“ für das Jahr 2016

Die Europäische Kommission sucht die „Grüne Hauptstadt Europas“ für das Jahr 2016. Bewerben können sich Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern, die eine Vorreiterrolle beim umweltfreundlichen Leben übernehmen und als Vorbild für andere Städte dienen können. Am Wettbewerb teilnehmen können Städte aus allen EU-Mitgliedstaaten, den EU-Kandidatenländern Türkei, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Island und Serbien sowie den Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums Norwegen und Liechtenstein. Die Gewinnerstadt wird im Juli 2014 bekanntgegeben.

**Einsendeschluss: 15. Oktober 2013**

**Infos:** <http://www.europeangreencapital.eu/>

## Junge Europäer des Jahres 2014

Die Heinz-Schwarzkopf-Stiftung sucht junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren, die sich in ehrenamtlichem Engagement der Verständigung zwischen den Völkern oder der Integration Europas widmen und dabei Vorbildliches geleistet haben. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und soll dem Gewinner ein halbjähriges Praktikum bei einem Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder einer anderen europäischen Institution ermöglichen.

**Einsendeschluss: 15. Oktober 2013**

**Infos:** <http://www.schwarzkopf-stiftung.de/page.11.739.JungeEuropaeer.html>

## Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“ 2013

Der Übersetzungswettbewerb der Europäischen Kommission „Jvenes Translatores“ findet am 28. November 2013 zum siebten Mal statt. Beteiligen können sich Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen, die 1996 geboren sind und sich als Nachwuchsübersetzer versuchen möchten. Die Teilnehmer müssen einen etwa einseitigen Text aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere EU-Amtssprache ihrer Wahl übersetzen. Aus den eingesandten Arbeiten wird jeweils ein Sieger pro EU-Mitgliedstaat ausgewählt. Schulen können sich im Internet für den Wettbewerb anmelden.

**Anmeldeschluss: 20. Oktober 2013**

**Infos:** [http://ec.europa.eu/translatores/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/translatores/index_de.htm)

## Preis für nachhaltige städtische Mobilitätspläne

Im Rahmen ihrer Kampagne „Wähle den richtigen Mix“ zur Förderung nachhaltiger städtischer Mobilität hat die Europäische Kommission zum zweiten Mal den „Sustainable Urban Mobility Plan Award“ ausgelobt. Kommunale und regionale Behörden können sich mit ihren Konzepten zur Mobilitätsplanung am Wettbewerb beteiligen, wobei das Thema „Integration der wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Kriterien“ berücksichtigt werden sollte. Der Sieger erhält 10.000 Euro für die Umsetzung seines Mobilitätsplanes.

**Einsendeschluss: 1. November 2013**

**Infos:** <http://dotherightmix.eu/award/participate>

## Nationaler Wettbewerb für Europäisches Jugendparlament

Das Europäische Jugendparlament in Deutschland sucht Jugendliche, die Deutschland auf den internationalen Jugendkonferenzen im Herbst 2014 und Frühjahr 2015 vertreten. Der Wettbewerb richtet sich an Schuldelegationen sowie Schülerinnen und Schüler der zehnten bis zwölften Jahrgangsstufen. Insgesamt 27 Schuldelegationen mit jeweils sieben Teilnehmern sowie 27 Einzelbewerber werden zu einer der drei regionalen Auswahl Sitzungen in Deutschland eingeladen, wo sie sich für das im Juni 2014 stattfindende Bundesfinale qualifizieren können. Die zwei besten Schuldelegationen fahren dann zu den internationalen Sitzungen des Europäischen Jugendparlaments.

**Einsendeschluss: 9. November 2013**

**Infos:** <http://www.eyp.de/sitzungen/nap2014/>

## Europäische Innovationshauptstadt

Die Europäische Kommission sucht die europäische Innovationshauptstadt. Mit dem neuen „European Capital of Innovation Award“ soll die Stadt ausgezeichnet werden, die das beste Innovations-Ökosystem aufbaut, das Bürger, öffentliche Stellen, Hochschulen und Unternehmen miteinander vernetzt. Um den Titel bewerben können sich Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die erfolgreiche Stadt erhält 500.000 Euro, um ihre Innovations-Anstrengungen noch weiter auszubauen.

**Einsendeschluss: 3. Dezember 2013**

**Infos:** [http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index\\_en.cfm?section=icapital](http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index_en.cfm?section=icapital)



„Preis Frauen Europas – Deutschland“ für Daniela Topp-Burghardt:

## Netzwerkerin für europäische Idee

Daniela Topp-Burghardt ist „Frau Europas“ 2013. Die Initiatorin und Vorsitzende des Vereins „Ring Europäischer Frauen“ wird für ihren ehrenamtlichen Einsatz für das Zusammenwachsen der Europäischen Union mit dem „Preis Frauen Europas – Deutschland“ der Europäischen Bewegung Deutschland ausgezeichnet. Die Preisverleihung findet am 9. Oktober 2013 in der Stadt Würzburg statt.

Seit der Gründung 2003 engagiert sich Daniela Topp-Burghardt im Ring Europäischer Frauen und ist, wie es in der Begründung zur Preisverleihung heißt, „nicht nur Initiatorin, Gründungsmitglied und Vorsitzende des Vereins, sondern auch sein Herz und seine Seele“. Mit ihrem persönlichen Einsatz, ihrer Diskussionsfreude, ihrem beeindruckenden Hintergrundwissen und ihrer Europabegeisterung gelinge es der in Frankfurt geborenen und in Köln lebenden Diplom-Volkswirtin beständig, Mitglieder und Gäste des Vereins nachhaltig für die europäische Idee zu gewinnen.

Der Ring Europäischer Frauen fördert das Zusammenwachsen Europas insbesondere mit Blick auf Frauen. Im Rahmen unterschiedlicher Dialogveranstaltungen und Begegnungsfahrten organisiert der Verein



Daniela Topp-Burghardt gründete vor zehn Jahren gemeinsam mit Kolleginnen den „Ring Europäischer Frauen“

den Gedanken- und Ideenaustausch mit nationalen Parlamentarierinnen und Vertreterinnen von Frauenverbänden. Er schafft damit ein tieferes Verständnis für die Gemeinsamkeiten, aber auch für die Unterschiede der Wirtschafts-, Kultur-, Bildungs- und Sozialsysteme der Länder im Hinblick auf die Rolle der Frauen in Gesellschaft und Politik.

Mit dem „Preis Frauen Europas – Deutschland“ ehrt die Europäische Bewegung Deutschland seit 1991 Frauen, die sich durch mutiges, kreatives oder hartnäckiges ehrenamtliches Engagement in besonderer Weise für das Zusammenwachsen und die Festigung eines vereinten Europas einsetzen. ■

### Infos

**Preis Frauen Europas – Deutschland:**

☞ <http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten-projekte/preis-frauen-europas/>

**Ring Europäischer Frauen e.V.:**

☞ <http://www.r-e-f.eu/>

Nominierung für die Verleihung der RegioStars Awards 2014:

## Vier deutsche Projekte im Finale

Die Europäische Kommission hat die Finalisten für die RegioStars Awards 2014 bekanntgegeben. Unter den 19 ausgewählten Projekten sind auch vier mit deutscher Beteiligung: das Förderprogramm „Einstiegszeit“ für Jugendliche in Brandenburg, das Gemeinschaftsprojekt „Organext“ in der Europaregion Maas-Rhein mit Partnern aus Belgien und den Niederlanden im Bereich Nanotechnologie, das Projekt „Arbor“ zur Förderung von Biomasse mit saarländischer Beteiligung und das Projekt „Ticket to Kyoto“ zur Kohlendioxid-Reduzierung im öffentlichen Nahverkehr, an dem auch das Bielefelder Verkehrsunternehmen moBiel teilnimmt.

Wie der EU-Kommissar für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Johannes Hahn, betonte, veranschaulichen die ausgewählten Projekte, „welch exzellente Arbeit vor Ort geleistet wird, und zeigen, wie innovativ und dynamisch die Regionen in ganz Europa unsere Mittel einsetzen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen“.

Die Finalisten wurden unter 80 eingereichten Vorschlägen ausgewählt. Es konnten alle EU-Regionen Projekte vorschlagen, die im Rahmen der EU-Regionalpolitik seit dem 1. Januar 2000 finanziell unterstützt worden sind. Die Gewinnerprojekte werden am 31. März 2014 bekanntgegeben. ■

### Infos

**RegioStars Awards:**

☞ [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/cooperate/regions\\_for\\_economic\\_change/regiostars\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/regions_for_economic_change/regiostars_en.cfm)

Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht:

## Erste erfolgreiche Bürgerinitiative

Die Unterzeichnungsfrist für die Europäische Bürgerinitiative „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ ist am 9. September 2013 zu Ende gegangen. Wie die Initiatoren mitteilten, wurden mit insgesamt 1.857.605 Unterschriften weit mehr als die eine Million Unterstützungsbekundungen gesammelt, die nötig sind, damit sich die Europäische Kommission mit den Forderungen der Bürgerinitiative beschäftigen muss. Das erforderliche Quorum in mindestens sieben Ländern habe man sogar in 13 EU-Mitgliedstaaten erreicht.

Die Initiatoren fordern die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlags auf, in dem das Menschenrecht auf Wasser und die sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen festgeschrieben wird. Außerdem wollen sie,



dass die Wasserversorgung und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit und auch der Kommunen hatte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier bereits Ende Juni 2013 den Wasserbereich aus dem Vorschlag für eine EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen.

Die jeweiligen nationalen Behörden müssen die Unterschriften nun innerhalb von drei Monaten auf ihre Gültigkeit hin überprüfen. Dann hat die Europäische Kommission wiederum drei Monate Zeit, sich mit dem Thema zu befassen und eine formelle Antwort zu geben. Außerdem wird es eine Anhörung der Initiatoren im Europäischen Parlament geben. ■

### Infos

**Europäische Bürgerinitiative „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“:**

☞ <http://www.right2water.eu/de/node/5>

**Internetseite zur Europäischen Bürgerinitiative:**

☞ <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/?lg=de>

Europäische Kulturhauptstädte 2018 aus den Niederlanden und Malta:

## Leeuwarden und Valetta nominiert

Die niederländische Stadt Leeuwarden wird neben der maltesischen Hauptstadt Valetta im Jahr 2018 den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ tragen. Diese Entscheidung traf eine unabhängige europäische Kulturjury am 6. September 2013. Offiziell müssen die Kulturminister der Europäischen Union die Entscheidung im Frühjahr 2014 noch bestätigen.

Die Niederlande und Malta durften für 2018 turnusgemäß jeweils eine Stadt als Kulturhauptstadt bestimmen. Während sich die Mittelmeerinsel bereits im Oktober 2012 für die Hauptstadt Valetta entschieden hatte, setzte sich die Hauptstadt der niederländischen Provinz Friesland nun gegen die Mitbewerber Maastricht und Eindhoven durch. Dabei war Maastricht gemeinsam mit der Euregio Maas-Rhein mit zwölf Partnerstädten aus Deutschland und Belgien ins Rennen gegangen.



Motiv:

Kanselarij (die ehemalige Kanzlei) von 1566, jetzt friesisches Museum von Leeuwarden

Die Niederlande hatten bisher zwei europäische Kulturhauptstädte. 1987 trug die Hauptstadt Amsterdam und 2001 die Hafemetropole Rotterdam den Titel. In diesem Jahr sind das slowakische Košice und das französische Marseille Kulturhauptstadt. Im Jahr 2014 werden es Umeå in Schweden und die lettische Hauptstadt Riga sein. ■

### Infos

**Initiative „Europäische Kulturhauptstadt“:**

☞ [http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/capitals/european-capitals-of-culture\\_de.htm](http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/capitals/european-capitals-of-culture_de.htm)

## Veranstaltungen

### Oktober

7.–10. Oktober 2013

#### Open Days 2013

Europäische Woche der Regionen und Städte  
 Veranstalter: Ausschuss der Regionen,  
 Europäische Kommission  
 Ort: Brüssel (Belgien)  
 ☞ <http://www.opendays.europa.eu/>

16. Oktober 2013

#### 3. Deutsch-Belgischer Partnerstättetag

Veranstalter: Stadt Lüttich (u.a. unterstützt  
 von der Deutschen Sektion des RGRE)  
 Ort: Lüttich (Belgien)  
 ☞ <http://www.rgre.de/newsansicht+M5d6e289e702.html>

22.–23. Oktober 2013

#### Vierte Deutsch-Griechische Versammlung

Forum für die Zusammenarbeit von Kommunen,  
 Regionen und Bürger/innen beider Länder  
 Veranstalter: Stadt Nürnberg, Deutsch-  
 Griechische Versammlung  
 Ort: Nürnberg  
 ☞ [http://www.nuernberg.de/internet/international/aktuell\\_35848.html](http://www.nuernberg.de/internet/international/aktuell_35848.html)

24.–26. Oktober 2013

#### Kommunale Partnerschaften mit Afrika

Konferenz  
 Veranstalter: Servicestelle Kommunen in  
 der Einen Welt, Stadt Hamburg  
 Ort: Hamburg  
 ☞ <http://www.service-eine-welt.de/partnerschaften/partnerschaften-konferenzen.html>

### November

12. November 2013

#### EU-Förderung für Engagement und Partizipation in Europa

Fachveranstaltung im Europäischen Jahr der  
 Bürgerinnen und Bürger 2013  
 Veranstalter: Vertretung der Europäischen  
 Kommission in Deutschland, Kontaktstelle  
 Deutschland »Europa für Bürgerinnen und  
 Bürger« (KS EfBB)  
 Ort: Berlin  
 ☞ <http://www.b-b-e.de/themen/europa1/europaeische-projekte-des-bbe/eu-foerderung-fuer-engagement-und-partizipation-in-europa/>

28.–29. November 2013

#### Dunkirk+10

Veranstaltung für kommunales Engagement im  
 Nahen Osten  
 Veranstalter: Netzwerk europäischer lokaler  
 Behörden für den Frieden im Nahen Osten,  
 Cités Unis France, Region/Stadt Dunkirk  
 Ort: Dunkirk/Dünkirchen (Frankreich)  
 ☞ [http://www.rgre.de/veranstaltung\\_dunkirk.html](http://www.rgre.de/veranstaltung_dunkirk.html)

## Europäische Charta der Gleichstellung auf lokaler Ebene:

# Austausch zur Umsetzung

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und die Stadt Frankfurt am Main laden am 26. und 27. November 2013 zur ersten nationalen Konferenz zur Umsetzung der Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene ein. Da die Veranstaltung vor allem dem Erfahrungsaustausch dienen soll, richtet sie sich an alle Kommunen, die die Charta unterzeichnet haben, und die entweder gerade Aktionspläne entwickeln oder solche bereits verabschiedet und erste Erfahrungen bei der Umsetzung haben. Neben dem primären Ziel des Erfahrungsaustausches soll die Konferenz aber auch für eine politische Diskussion des Themas „Gleichstellung“ genutzt werden.

Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene ist am 12. Mai 2006 vom Europäischen RGRE verabschiedet worden. Seitdem haben 1.330 Kommunen in 29 europäischen Ländern die Charta unterzeichnet, darunter auch 35 deutsche Kommunen. ■

26.–27. November  
 in Frankfurt/Main

### Infos

Konferenz zur Umsetzung der Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene:

☞ <http://www.rgre.de/newsansicht+M51925d633d4.html>

## Europäische Konferenz für öffentliche Kommunikation:

# Europawahl im Blick

Die vierte Ausgabe der Europäischen Konferenz für öffentliche Kommunikation „EuroPCom“ findet am 16. und 17. Oktober 2013 in Brüssel statt. Mehr als 700 Kommunikationsexperten und Fachleute lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Einrichtungen werden erörtern, wie sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Institutionen und andere öffentliche Einrichtungen wiederherstellen können. Schwerpunktthema der diesjährigen Konferenz wird die Kommunikation der Europawahl 2014 sein.

Die EuroPCom hat sich zu einem der wichtigsten Treffpunkte für europäisch-öffentliche Kommunikatoren entwickelt. Veranstaltet wird sie vom Ausschuss der Regionen in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, der litauischen Ratspräsidentschaft 2013, dem Rat der EU und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. ■

16.–17. Oktober  
 in Brüssel

### Infos

Europäischen Konferenz für öffentliche Kommunikation „EuroPCom“:

☞ <http://cor.europa.eu/eurocom>

# IMPRESSUM

## Textbeiträge

Die Autorenbeiträge stellen nicht immer die Auffassung des Herausgebers oder der Redaktion dar, sondern geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich bei der Verwendung von Textbeiträgen eine Absprache und Änderungen vor und übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, liegen bei der Redaktion.

## Bildnachweis

Amélie Losier/DFJW (19), Anne Priwitz (20), Barbara Baltsch (3, 4 u., 5, 6, 7, 9, 10, 13, 14, 15, 16 u.l., 16 M.r., 16 u.r.), Deutscher Städte- und Gemeindebund (2), DFJW (18), DFJW/Holger Biermann (17), ELZ Rostock (24, 25), Europäische Union 2013 EP (36), Gemeindegtag Baden-Württemberg (28, 29, 30), Konrad Lackerbeck/Wikipedia (33), lichtkunst.73/pixelio.de (31), Michael Lorenzet/pixelio.de (32), N-Schmitz/pixelio.de (42 o.), Privat (12), Rainer Sturm/pixelio.de (34), Stadt Bonn/Michael Sondermann (8, 11, 16 o.l., 16 M.l., 16 o.r.), Stadt Remseck am Neckar/C.P. König (37, 38, 39), Stadtverwaltung Melle (21, 22, 23), Stadt Pforzheim (26, 27), Thomas Siepmann/pixelio.de (35), Uwe Zimmermann (4 o.), www.burghardt-koeln.de (41), WZ/Wikipedia (42 u.)

## Titelbild

Stadt Bonn/Michael Sondermann

## Europa Kommunal

Europäische Zeitschrift für  
Rat, Verwaltung und Wirtschaft  
ISSN 1866-1904

## Erscheinungsweise / Bezug (ab 2008)

6 Ausgaben pro Jahr als PDF-Version  
Bezug ausschließlich über E-Mail-Verteiler

## Herausgeber

Rat der Gemeinden und Regionen Europas  
Deutsche Sektion  
Gereonstraße 18-32  
50670 Köln  
Telefon 0221 / 3771-311  
Telefax 0221 / 3771-128  
E-Mail: [post@rgre.de](mailto:post@rgre.de)  
<http://www.rgre.de>

## Schriftleitung

Walter Leitermann

## Redaktion & Satz

Barbara Baltsch  
Schillerstraße 18  
50170 Kerpen  
Telefon 02273 / 560046  
Telefax 02273 / 560047  
Email: [b.baltsch@t-online.de](mailto:b.baltsch@t-online.de)

Karl-Heinz Kottenhahn  
Windmühlenstraße 17  
47229 Duisburg  
Telefon 02065 / 6939885  
E-Mail: [info@kh-kottenhahn.de](mailto:info@kh-kottenhahn.de)

## E-Mail-Verteiler

Dörthe Sondermann  
E-Mail: [doerthe.sondermann@staedtetag.de](mailto:doerthe.sondermann@staedtetag.de)